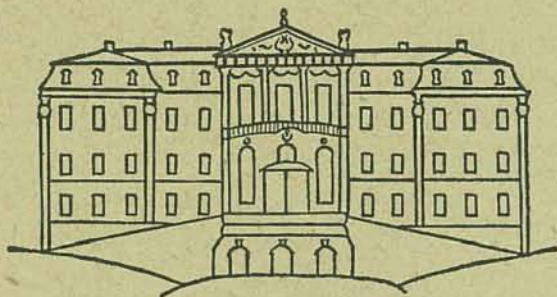


Hefte aus Burgscheidungen

# Archiv

## Die Darstellung der wichtigsten Probleme des zweiten Weltkrieges in der reaktionären Geschichtsschreibung Westdeutschlands

Von Gerhard Krüger



37

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte der CDU  
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der  
Christlich-Demokratischen Union

Hefte aus Burgscheidungen

---

**Die Darstellung der wichtigsten Probleme  
des zweiten Weltkrieges  
in der reaktionären Geschichtsschreibung  
Westdeutschlands**

Von Gerhard Krüger



37

---

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte der CDU  
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der  
Christlich-Demokratischen Union

## Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeine Tendenzen der westdeutschen reaktionären Geschichtsschreibung über den zweiten Weltkrieg . . . . .	3
2. Zur Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges . . . . .	7
3. Zum faschistischen Überfall auf die Sowjetunion . . . . .	10
4. Zur Frage der Wendepunkte des zweiten Weltkrieges . . . . .	14
5. Über die Rolle der Sowjetunion und ihrer Streitkräfte bei der Niederschlagung der faschistischen Aggression . . . . .	20
6. Die Darstellung des antifaschistischen deutschen Widerstandskampfes in der westdeutschen Geschichtsschreibung . . . . .	28
7. Die Verschwörung vom 20. Juli 1944 im Lichte der reaktionären Historiographie . . . . .	33

## 1. Allgemeine Tendenzen der westdeutschen reaktionären Geschichtsschreibung über den zweiten Weltkrieg

Das Dokument 159/59 des Bonner Kriegsministeriums trägt die Überschrift „Pläne für den Ernstfall“. In Punkt II a 3 dieser Anweisung heißt es:

„Totaler Krieg. Die in unserer modernen Welt übliche Form der Kriegsführung erfordert sowohl von der Bevölkerung als auch vom Land eine maximale Beteiligung. Die den Krieg auslösenden Probleme . . . rechtfertigen den Einsatz aller zur Verfügung stehenden Mittel bis zur Grenze des Möglichen.“

„Maximale Beteiligung der Bevölkerung!“ Die Bonner Militaristen wissen sehr wohl, daß es nicht genügt, zur Vorbereitung eines neuen Revanchekrieges Waffen, Panzer, Kriegsflugzeuge usw. herzustellen, militärische Pakte abzuschließen, strategische Basen in anderen Ländern einzurichten, sondern daß es auch darauf ankommt, die Bevölkerung ideologisch auf einen dritten Weltkrieg vorzubereiten. Noch sind die Schrecken des zweiten Weltkrieges nicht überwunden, noch zeugen zahlreiche Trümmerstätten von dem wahnwitzigen Abenteurer des deutschen Imperialismus, noch bluten die Wunden, die so viel Herzeleid in fast jede deutsche Familie hineingetragen haben – und schon wieder ist man in Westdeutschland dabei, dem Volk einen Krieg, der alles bisher Dagewesene übertreffen soll, schmachhaft zu machen. Angesichts der Erfahrungen, die unser Volk in zwei Weltkriegen so schmerzlich erkaufen mußte, haben es die Kriegstreiber nicht leicht. Mit um so größerem Eifer geht man deshalb heran, diese Erfahrungen zu leugnen, sie der Wahrheit zu entkleiden und das Geschichtsbild im Sinne einer revanchistischen Kriegsideologie zu verfälschen.

Die Zahl der Arbeiten, die sich mit den Ursachen und dem Verlauf des zweiten Weltkrieges beschäftigen, ist Legion. Die Auffassungen zu diesem oder jenem Ereignis des Krieges sind oft recht unterschiedlich, tragen häufig subjektiven Charakter, dienen vielfach der Rechtfertigung einzelner Personen oder Personengruppen – aber eines ist allen Arbeiten gemeinsam: der Versuch, die objektive Gesetzmäßigkeit der Niederlage Hitler-Deutschlands zu leugnen. Als Fazit dieser Verdrehungen ergibt sich dann die Schlußfolgerung, daß man den nächsten Krieg nur etwas sorgfältiger vorbereiten, die politische Konstellation „realer“ einschätzen müsse, dann werde ein drit-

ter Weltkrieg — der sich natürlich gegen den Osten richten werde — bestimmt siegreich geschlagen werden können.

Diese Grundtendenz der westdeutschen reaktionären Geschichtsschreibung zieht sich wie ein roter Faden durch alle Veröffentlichungen über den zweiten Weltkrieg. Dabei ist zu beachten, daß Hand in Hand mit dem Wiedererstarren des westdeutschen Imperialismus und der damit verbundenen politischen Tendenzen eine entsprechende Steigerung des revanchistischen Ideengehalts der Literatur über den zweiten Weltkrieg festzustellen ist.

Die ersten Veröffentlichungen zu diesem Thema erfolgten im Jahre 1949. Unter amerikanischer Führung hatte sich bereits 1945 ein „Komitee zum Studium der Geschichte des Krieges“ gebildet. Ihm gehörten als führende Nazi-Kriegsexperten die Generale Halder und Guderian an. Man zog Bilanz über den zweiten Weltkrieg. Unverkennbar stand dahinter die Absicht, die imperialistischen Kreise der Westmächte mit den Erfahrungen der Kriegführung im Osten vertraut zu machen. Wenn auch die Ergebnisse dieser Arbeiten nicht veröffentlicht wurden, so spiegelt sich wahrscheinlich sehr vieles davon wider in den Büchern, die Halder („Hitler als Feldherr“) und Guderian („Erinnerungen eines Soldaten“) 1949 der Öffentlichkeit übergaben.

Schon der Titel des Buches „Hitler als Feldherr“ kennzeichnet die Mohrenwäsche, die der deutsche Militarismus an sich selbst zu verrichten versuchte: Hitler ist der Hauptschuldige, nicht etwa deshalb, weil er den Krieg begonnen hat; nein, weil er ihn nicht so geführt hat, daß er gewonnen wurde. Die Unmäßigkeit seiner politischen und militärischen Ziele, die Zersplitterung der Kräfte werden ihm zum Vorwurf gemacht. Der Krieg wäre militärisch zu gewinnen gewesen, die Niederlage hätte vermieden werden können, wenn er nur auf die Generale gehört hätte. Aber das nächste Mal wird alles viel besser ablaufen — dann existiert ja auch kein Hitler mehr, der den Generalen ins Handwerk pfuschen wird. Soweit Halder.

Ähnlich argumentiert Guderian. Zufälligkeiten, Mißverständnisse, Katastrophen sind für ihn die Ursachen der Niederlage Hitler-Deutschlands im zweiten Weltkrieg. Die sattsam bekannten Generale „Winter“ und „Schlamm“ werden von ihm strapaziert. Im Winter war es zu kalt, im Sommer zu heiß und staubig, und zwischen beiden Jahreszeiten lagen große Schlammperioden, die die Kriegführung erschwerten. Gewiß werde man diese Erscheinungen das nächste Mal besser einkalkulieren und dann ganz bestimmt siegen. Auch für ihn trifft das zu, was über Halder gesagt wurde. Nicht der Generalstab, nicht der deutsche Militarismus sind schuld an der nationalen Katastrophe unseres Volkes, sondern zufällige, außerhalb menschlicher Berechnung liegende Faktoren verursachten jenes Fatum.

So zielte die westdeutsche Geschichtsschreibung von Anfang an darauf hin, den deutschen Militarismus und seine entscheidenden Vertreter zu rechtfertigen, um das alte Spiel unter veränderten Bedingungen von neuem zu beginnen.

Die zweite Etappe in der westdeutschen Geschichtsschreibung beginnt etwa in den Jahren 1950/51. Sie ist im Zusammenhang mit den Besprechungen der Westmächte im Januar 1951 auf dem Petersberg, mit der Vorbereitung und Ratifizierung der Pariser Verträge 1953/54 und dem Beitritt Westdeutschlands zum NATO-Pakt zu sehen. Zwei Vertreter des deutschen Militarismus, Heusinger und Speidel, sind an diesen militärischen Verhandlungen vorrangig beteiligt. Sie sind es auch, die die neue Richtung in der westdeutschen Geschichtsschreibung anleiten.

Immer mehr rücken dabei zwei Tendenzen in den Vordergrund. So sucht Heusinger in seinem Buch „Befehl im Widerstreit“ nachzuweisen, daß der deutsche Generalstab keine Schuld an den Fehlern Hitlers trage — er demzufolge berechtigt sei, im Kreuzzug gegen den Bolschewismus die führende Rolle zu übernehmen — und daß die deutschen Generale schon immer für ein Bündnis mit dem Westen gewesen seien. Dabei beklagt er sich bitter über die Engstirnigkeit gewisser englischer Kreise, die das pro-englische Streben deutscher Generale oft nicht genügend verstanden hätten. Selbst in der letzten Phase des Krieges wäre das Schicksal noch aufzuhalten gewesen, wenn die Westmächte ein Abkommen mit Deutschland geschlossen hätten. Als Beweis hierfür zitiert er einen Dialog zwischen sich und dem Oberst Tresckow:

„Der Chef der Operationsabteilung (d. h. Heusinger): Hitler muß zur Abgabe des Oberbefehls über das Heer und die Ostfront und zur Trennung von Keitel bewegt werden. Zeitler ist der gleichen Auffassung. Wenn das überhaupt jemand durchsetzen kann, dann ist er es. Er besitzt mehr Durchschlagskraft bei Hitler als die anderen. Vielleicht gelingt es ihm noch.

Oberst von Tresckow: Und wenn nicht? was dann? . . .

Der Chef der Operationsabteilung: Nach dem Fehlschlag des Jahres 1942 gilt es jetzt, dem Russen die Initiative wieder zu entreißen und die Ostfront . . . zu festigen . . . Gelingt das, so ist damit die Grundlage gegeben, den Krieg durch vernünftige politische Maßnahmen zum Abschluß zu bringen . . .

Oberst von Tresckow: . . . Angenommen, es gelänge uns, eine Lage zu schaffen, die unserer Auffassung nach die Basis für Verhandlungen böte — mit wem sollen wir verhandeln, mit Rußland oder den Westmächten?

Der Chef der Operationsabteilung: Ich bin für die Westlösung.“<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Heusinger, „Befehl im Widerstreit“, Seite 244 ff.

Im Zusammenhang damit erklärt Heusinger an anderer Stelle seines Buches:

„Ein Zusammengehen mit Rußland würde das Ende von Europa bedeuten. Wenn wir überhaupt noch zu wählen haben, dann kann es nur der Westen sein. Um so notwendiger ist es, die Ostfront zu halten.“<sup>2</sup>

Auch Speidel zieht in seinem Buch „Invasion 1944“ ähnliche Folgerungen. Mit Leichtigkeit läßt sich dann aus solchen Gedankengängen die Notwendigkeit eines Bündnisses zwischen den USA, England und Westdeutschland gegen die Sowjetunion ableiten, wie sie ja im NATO-Pakt verwirklicht wurde. Aus den Waffenträgern Hitlers sind Waffenträger des Nordatlantikpaktes geworden. Deshalb schlägt beispielsweise Manteuffel in dem Werk „Bilanz des zweiten Weltkrieges“ vor, den Verlauf und die Ergebnisse des Krieges neu einzuschätzen:

„Erst dann aber ist die Bilanz des Krieges nicht mehr eine Summe von theoretischen Einsichten, sondern verwandelt in ein konkretes neues Leben. Dann bedeutet der zweite Weltkrieg nicht mehr ein Ende und einen Untergang, sondern eine . . . neue Stufe des Werdens.“<sup>3</sup>

So schließt sich der Kreis: von den Reinwaschungsversuchen der Generale über die Rechtfertigung der Aggression bis hin zur Lobpreisung des Krieges als „Stufe eines neuen Werdens“! Noch heute sind diese Tendenzen vorherrschend in der westdeutschen Kriegsliteratur.

Daneben erscheinen seit 1953/54 Werke, die Hitler und die „Heldentaten“ von Wehrmacht und Waffen-SS verherrlichen und die Expansionsabsichten des deutschen Militarismus offen propagieren. Diese dritte Etappe in der westdeutschen Geschichtsschreibung über den zweiten Weltkrieg wird charakterisiert durch Werke wie Paul Haussers „Waffen-SS im Einsatz“, Rudels „Trotzdem“, Kesselrings „Soldat bis zum letzten Tag“ u. a. Typisch für all diese Werke ist der Versuch, die Hitler-Aggression zu rechtfertigen, die Greuel-taten der Hitler-Faschisten als rechtens darzustellen, die Rolle der SS als „Vortrupp der europäischen Integration“ herauszuarbeiten und die „Überlegenheit der deutschen Nation über alle Länder“ zu propagieren.

Dieser kurze Abriss über die Haupttendenzen der westdeutschen reaktionären Geschichtsschreibung mag genügen. Sie sind ein Spiegelbild der gewaltigen Anstrengungen, die der westdeutsche Imperialismus unternimmt, um das Volk militärisch, politisch und ideologisch auf einen neuen Krieg vorzubereiten. Ihnen in den Arm zu fallen, die Verfälschungen der reaktionären Historiker zu entlarven, ist Aufgabe einer wissenschaftlichen Geschichtsschreibung, wie sie in der DDR und in der

<sup>2</sup> ebenda, S. 325.

<sup>3</sup> „Bilanz des zweiten Weltkrieges“, S. 458.

UdSSR gepflegt wird. Ein entscheidender Beitrag hierzu ist dabei die Darstellung des objektiven Verlaufs des zweiten Weltkrieges und der wirklichen Ursachen, die zur gesetzmäßigen Niederlage des Hitler-Faschismus führten.

## 2. Zur Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges

Als der englische Premierminister Neville Chamberlain am 30. September 1938 nach der Münchner Konferenz den Flugplatz in Croydon verließ, schwenkte er ein Stück Papier, das seine und Hitlers Unterschrift trug: „It is peace in our time!“ Der Friede ist gerettet – Friede in unserer Zeit – Friede für mindestens eine Generation! So glaubte er; die „policy of appeasement“, die „Befriedungspolitik“, die die führenden englischen Politiker seit 1933 betrieben, schien einen vollen Erfolg herbeigeführt zu haben.

Diese Politik der Westmächte hatte es zugelassen, daß Nazi-Deutschland 1933 die Abrüstungskonferenz und den Völkerbund verließ; sie ließ es zu, daß mit dem Machtantritt der Nazis die Wiederaufrüstung Deutschlands heimlich-unheimlich forciert wurde; sie gestattete im März 1935 die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Die englischen Beschwichtigungspolitiker hatten nichts dagegen einzuwenden – oder beließen es bei papierernen Protesten –, als Hitler 1936 das Rheinland im Widerspruch zum Locarno-Vertrag besetzen ließ und den Bau des Westwalls befahl. Die „policy of appeasement“ schwieg, als sich die deutschen Militaristen 1936 in die Angelegenheiten des spanischen Volkes einmischten, dort einen Bürgerkrieg entfesselten und hier die Generalprobe für den zweiten Weltkrieg durchführten. Es klingt wie Hohn, daß England in bezug auf den spanischen Bürgerkrieg den Standpunkt strenger Neutralität einnahm, einen Nichteinmischungsausschuß gründete und daß eben in diesem Nichteinmischungsausschuß auch Vertreter des deutschen Imperialismus saßen. Diese Art von „Befriedungspolitik“ ermutigte die Nazis, zu offener Aggression überzugehen: Im März 1938 wird Österreich besetzt, und wenige Monate später wird mit der Einverleibung der Sudetengebiete eine strategische Ausgangsbasis zur Zerschlagung der Rest-Tschechoslowakei geschaffen – eindeutige Aggressionshandlungen der Nazis im Zeichen der Befriedungspolitik der führenden englischen Politiker!

Es erhebt sich die Frage, ob diese Art der „Befriedung“ der Aggressionsgelüste der Faschisten gleichzusetzen war mit der traditionellen Friedensliebe des englischen Volkes. Zweifellos mußte die englische Regierung auf die Stimmung der englischen Volksmassen Rücksicht nehmen. Offizielle Beteuerungen im Unterhaus und in der Presse jener Jahre sprachen immer wieder von dem Abscheu, den man gegen die Nazis und

ihre Politik empfand. Inoffiziell aber fügte man die Expansionsabsichten der deutschen Militaristen in die Konzeption der englischen imperialistischen Außenpolitik ein. Die Stoßrichtung der faschistischen Aggression richtete sich nach München immer eindeutiger gegen den Osten. Auch im Interesse des englischen Imperialismus lag es, ein Gegengewicht gegen die wachsende internationale Stärke und Bedeutung der Sowjetunion zu finden. Unschwer ist so zu erkennen, daß den englischen Regierungskreisen daran lag, den Faschismus als „letztes Bollwerk der westlichen Zivilisation gegen den Bolschewismus“ am Leben zu erhalten und ihm zu gestatten, sich weiter zu expandieren.

Auch einige westdeutsche Geschichtsschreiber können an diesem Sachverhalt nicht vorübergehen. So sieht Ernst Niekisch in der Zerstörung der Tschechoslowakei das Opfer, „das die Westmächte brachten, um sich selbst Hitler vom Hals zu schaffen und ihn nach Osten abzulenken“.<sup>4</sup> Deshalb ist „peace in our time“ nicht Ausdruck des Friedenswillens des englischen Volkes, sondern hinter jener heuchlerischen Phrase des alten Chamberlain verbergen sich die imperialistischen Interessen der herrschenden Klasse Englands. „Friede im Westen, Krieg im Osten“ kennzeichnet weit besser die Ambitionen der englischen Außenpolitik jener Zeit.

Die Meinungen der westdeutschen Historiker über die englische Beschwichtigungspolitik gehen sehr auseinander. Allgemein wird sie verurteilt. Die Wurzeln der policy of appeasement werden jedoch nicht aufgedeckt. Man bleibt an der Oberfläche, und es entsteht für den Leser der Eindruck, daß das Grundübel nicht der deutsche Imperialismus war, sondern daß es der Unmäßigkeit der politischen Ziele Hitlers zuzuschreiben war, wenn er schließlich in Konflikt mit den Westmächten geriet. Aber eben daran sei die Befriedungspolitik Chamberlains schuld, die Hitler zu immer neuen Rechtsbrüchen und Aggressionen ermutigte. So Erich Kordt, der England und Frankreich einen „Mangel an klarer Linie“, „Ziellosigkeit und Inkonsequenz“<sup>5</sup> gegenüber der Politik Hitlers vorwirft. Somit liegt die Hauptschuld am Emporkommen Hitlers nicht beim deutschen Imperialismus, sondern liegt im Wesen der englisch-französischen Politik begründet! Das ist die „logische“ Schlußfolgerung, die sich aus dieser oberflächlichen Betrachtungsweise ergeben soll. Sie stellt gleichzeitig eine zusätzliche politische Entlastung für den deutschen Imperialismus dar.

Wenige Monate nach München geschah es dennoch, daß ein neuer Akt der Naziaggression stattfand. Nachdem die Westmächte dem deutschen Imperialismus in den Sattel geholfen hatten, bewies er, daß er reiten konnte. Das Münchner Abkommen mit seinen Garantien war ein wertloser Fetzen Papier ge-

4 Niekisch, Ernst, „Das Reich der niederen Dämonen“, S. 284.

5 Kordt, E., „Wahn und Wirklichkeit“, S. 117.

worden. Chamberlain kündigte in seiner Birmingham-Rede (März 1939) das Ende der appeasement-policy an. Hitler kündigte am 15. April 1939 das deutsch-britische Flottenabkommen und den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt. Die Gefahr des Ausbruchs eines europäischen Krieges war in bedrohliche Nähe gerückt.

Angesichts des drohenden Krieges gewann die politisch-militärische Bedeutung der Sowjetunion ständig an Gewicht. Sie hat als einzige europäische Großmacht die Gefahr des Hitlerfaschismus für die Völker Europas erkannt und war bereit, durch kollektive Beistandspakte den Aggressor in seine Schranken zu weisen. Da sich die englische Oberschicht durchaus darüber im klaren ist, daß sich Hitlers Kriegsmaschine auch gegen den Westen richten kann, entschließt sie sich, in Verhandlungen mit der Sowjetunion einzutreten — zugleich eine „großartige“ Geste gegenüber dem eigenen Volk, das gebieterisch die Verhinderung jeder weiteren Naziaggression fordert. Es zeigt sich aber, daß die Verhandlungen nicht ehrlich gemeint sind. Sie werden von einer zweitrangigen, noch nicht einmal bevollmächtigten britisch-französischen Militärmission in Moskau geführt und schleppen sich über Wochen hin. Die Verhandlungen scheitern schließlich an der Frage des Durchmarschrechts durch Polen. Die westlichen Mächte fordern, daß im Falle eines Überfalls der Faschisten auf Polen die Sowjetunion die Nazitruppen an der polnischen Ostgrenze erwarten solle, während die Sowjetunion darauf besteht — allein schon im Interesse der Wahrung des strategischen Vorteils —, die Naziaggression an der polnischen Westgrenze zu zerschlagen. Die Sowjetunion muß schließlich erkennen, daß die Frage des Durchmarschrechts durch Polen von den westlichen Verhandlungspartnern als taktisches Mittel benutzt wird, um die Verhandlungen überhaupt zum Scheitern zu bringen. Sie durchschaut die ganze Hintergründigkeit des Spieles und stellt fest, daß die Politik der Westmächte nichts anderes bedeutet als die inoffizielle Fortsetzung der Appeasement-Politik, daß diese Politik darauf gerichtet ist, die Sowjetunion der Naziaggression als erstes Opfer vorzuwerfen. Um dieses Ränkespiel zu zerschlagen, ist schließlich die Sowjetregierung gezwungen, im Interesse der eigenen Sicherheit am 23. August 1939 einen Nichtangriffspakt mit Hitler-Deutschland abzuschließen:

„Das sowjetische Lebensinteresse erheischt, das englisch-deutsche Verhältnis so gründlich und endgültig zu sprengen, daß kein britisch-deutscher Anschlag gegen das sowjetische Dasein mehr zu befürchten stand. Gewiß war der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt ein kühnes, ja, waghalsiges Unternehmen. Aber so verwickelt war die Weltlage, daß gerade in ihm die Rettung Sowjet-Rußlands lag.“<sup>6</sup>

Dieses verhältnismäßig objektive und anständige Urteil eines bürgerlichen westdeutschen Historikers ragt wie eine Insel aus

6 Niekisch, Ernst, a. a. O., S. 292.

der trüben Schlammlut, die die reaktionäre Geschichtsschreibung über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt ergießt. Besonders das geheime Zusatzprotokoll des Vertrages<sup>7</sup> wird dazu benutzt, den Pakt als einen Vertrag zwischen zwei rivalisierenden imperialistischen Mächten darzustellen. So ist Rossi der Auffassung, Hitler und Stalin hätten einen „Angriffspakt gegen Polen“<sup>8</sup> geschlossen mit dem Ziele der „vierten Teilung Polens“.<sup>9</sup> Gerade dadurch hätte es Stalin Hitler ermöglicht, Polen zu überfallen, und das habe die Kettenreaktion des zweiten Weltkrieges ausgelöst. Nicht der deutsche Faschismus trägt die Schuld an Kriegen, sondern die Politik der Sowjetunion löste ihn aus!

„So entstand ein Krieg, den niemand wollte, in dieser Form nicht einmal Hitler, und an dem nur eine Macht interessiert war — die Sowjetunion.“<sup>10</sup>

Da liegt also der Hase im Pfeffer! — Bewußt wird von der reaktionären Geschichtsschreibung Westdeutschlands der Vertrag vom 23. August 1939 losgelöst von der gesamten internationalen Entwicklung in den Jahren 1933 bis 1939 untersucht. Wir erfahren nichts von den Bemühungen der Sowjetunion gerade in diesen Jahren, die faschistische Aggression durch kollektive Sicherheitspakete zu zügeln; wir erfahren nichts über das hinterhältige Intrigenspiel der englisch-französischen Politik vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges. Bewußt wird gelehrt, daß es sich bei den territorialen Ansprüchen der Sowjetunion um Gebiete (Bjelorußland, Westukraine, Moldauische Republik) handelte, die in den Interventionskriegen von den Imperialisten der jungen Sowjetmacht entrissen worden waren, daß also eine Angliederung dieser Landstriche einer Wiedervereinigung mit der Sowjetunion gleichkam.

Damit wird die Tendenz deutlich, die hinter dieser Geschichtsklitterung steht: „Roter Imperialismus“ bedroht Europa — deshalb europäische Integration — deshalb Westdeutschland „Vortrupp der NATO“ — deshalb ein dritter Weltkrieg!

### 3. Zum faschistischen Überfall auf die Sowjetunion

Als der Generalfeldmarschall Keitel im Juni 1945 von sowjetischen Vertretern vernommen wurde, versicherte er:

„Alle vorbereitenden Maßnahmen, die von uns bis zum Frühjahr 1941 getroffen wurden, trugen den Charakter von Vertei-

7 Inhalt des geheimen Zusatzprotokolls: Estland, Lettland, Finnland, Bessarabien und Polen (östlich der Flüsse Pissa, Narew, Weichsel und San) liegen außerhalb der Interessensphäre Deutschlands. Die Sowjetunion erklärt ihr Desinteressement an den polnischen Gebieten westlich dieser Linie und an Litauen. Lösung aller Balkanfragen nur nach gemeinsamer Verständigung.

8 Rossi, „Zwei Jahre deutsch-sowjetisches Bündnis“, S. 196.

9 ebenda, S. 24.

10 von Tippelskirch, Kurt, „Geschichte des zweiten Weltkrieges“, S. 6.

digungsvorbereitungen für den Fall eines möglichen Angriffs der Roten Armee. Man kann daher den ganzen Krieg im Osten in bestimmtem Maße einen Präventivkrieg nennen.“

Das Urteil des Internationalen Gerichtshofes in Nürnberg widerlegte eindeutig diese Behauptung und stellte fest, daß der Überfall der Naziwehrmacht auf die Sowjetunion eine Aggressionshandlung gewesen sei. Selbst Churchill, dem man wahrhaftig nicht Sowjetfreundlichkeit nachsagen kann, ist ähnlicher Auffassung. In seinem Werk „Der zweite Weltkrieg“ ist von einem Präventivkrieg Hitler-Deutschlands gegen die Sowjetunion überhaupt nicht die Rede. Im Gegenteil, er kritisiert die UdSSR, daß sie nicht gleich bei Kriegsbeginn am Kampf gegen den Aggressor teilgenommen habe. Er rügt, daß die Sowjetunion tatenlos zugesehen habe, als Hitler die Balkan-Länder eroberte.

Trotz eindeutiger Beweise für den faschistischen Überfall auf die Sowjetunion hält eine ganze Reihe westdeutscher Historiker an der These vom „Präventivkrieg“ Hitlers fest. So behauptet Assmann, „Hitler habe, auf lange Sicht gesehen, die Situation richtig beurteilt“.<sup>11</sup> Rossi spricht von einem „Konflikt zwischen zwei imperialistischen Programmen“<sup>12</sup> und davon, daß der Bruch zwischen Deutschland und der Sowjetunion wegen des Balkans und der Meerengen erfolgt sei. Ähnlich argumentiert Seraphim: die tieferen Ursachen für den Konflikt sieht er in den von der UdSSR im Juni 1940 begonnenen „Aktionen im baltischen Raum und gegen Rumänien“.<sup>13</sup>

Bewußt wird bei all diesen Argumenten unterschlagen, daß ja in bezug auf die Aktionen im baltischen Raum und in Rumänien die Sowjetunion entsprechend dem Übereinkommen des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages vom 23. August 1939 handelte — daß also Hitler und seine Clique keinen Grund hatten zu lamentieren, wenn die Sowjetunion im Einklang mit diesem Abkommen die genannten Gebiete, die ihr nach 1917 durch imperialistische Räuber entrissen worden waren, wieder mit dem Mutterland vereinigte. Gerade dadurch wurde verhindert, daß die fünfte Kolonne der Nazis in jene Länder eindringen, antisowjetische Hetze betreiben und diese Länder als strategische Ausgangsbasis für den Überfall auf das Sowjetland benutzen konnte. Deshalb waren die Nazis beispielsweise im baltischen Raum gezwungen, ihre Offensive gegen Leningrad viele Hunderte von Kilometern von diesem Ort entfernt zu beginnen. So erhöhten diese Maßnahmen — abgesehen von dem moralischen Recht dieser Länder auf Wiedervereinigung — die Verteidigungsbereitschaft der UdSSR und widerlegen die Behauptung, daß die Sowjetunion sich auf einen Angriffskrieg vorbereitet habe.

11 Assmann, „Deutsche Schicksalsjahre“, S. 228.

12 Rossi, a. a. O., S. 199.

13 Seraphim, „Die deutsch-russischen Beziehungen 1939—1941“, S. 31.

Die westdeutsche Historiographie verschweigt bewußt die offenen und heimlichen Kriegsvorbereitungen, die die Hitler-Clique und der deutsche Generalstab schon lange vor dem Überfall auf die Sowjetunion betrieben haben. Eindeutig geht dies aus den Dokumenten des deutschen Generalstabes hervor. In Halders Tagebuch finden wir eine Aufzeichnung vom 31. Juli 1940: „Rußland muß liquidiert werden, Termin – Frühjahr 1941.“ Diese Eintragung beweist doch, daß bereits zu diesem Zeitpunkt ganz fest umrissene Pläne für einen Ostfeldzug bestanden haben. Aus den Dokumenten zum Nürnberger Prozeß geht weiterhin hervor, daß bereits Anfang Juli 1940 eine Gruppe von hohen Generalen (Halder, Jodl, Marx, Paulus) von Hitler den Auftrag erhielt, entsprechende Pläne für einen Überfall auf die Sowjetunion auszuarbeiten. Dieser Plan, der unter dem Namen „Barbarossa-Plan“ bekannt geworden ist, wurde am 19. November 1940 dem Generalfeldmarschall von Brauchitsch vorgetragen und wenige Wochen später von Hitler bestätigt.

Schon früher, etwa im Spätherbst 1940, waren im Ostraum (Polen) bereits umfangreiche Truppenkonzentrationen festzustellen. Als erstes großes Truppenkontingent erschien zu diesem Zeitpunkt die Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Bock in Stärke von etwa 30 Divisionen. Übungen wurden abgehalten, die Truppe wurde auf die Bedingungen eines Ostfeldzuges geschult. Dutzende von Flugplätzen entstanden in wenigen Monaten. Laufend trafen Luftwaffengeschwader ein. Der Spionagedienst wurde aktiv. Man erkundete die Lage der Grenzbefestigungen und sammelte Nachrichten über wichtige strategische und industrielle Zentren. Die Aufnahme von Verbindungen zu den Satellitenländern erfolgte. Jedem dieser Länder wurden ganz bestimmte Aufgaben im Hinblick auf den geplanten Überfall auf die Sowjetunion gestellt. Der kalte Krieg gegen die Sowjetmacht lief bereits Ende 1940 auf vollen Touren. In den höheren Stäben der deutschen Wehrmacht war es bereits kein Geheimnis mehr, daß der nächste Schlag im Blitzkrieg gegen die Sowjetunion geführt werde. So kann auch Hitler am 30. März 1941 die Maske fallenlassen und offen auf einer Versammlung militärischer Berater erklären:

„Unsere Aufgabe hinsichtlich Rußlands: Die Streitkräfte zerschlagen, den Staat vernichten. Der Krieg gegen Rußland ist ein Kampf zweier Ideologien. Tod dem Bolschewismus, der gleichbedeutend ist mit einem sozialen Verbrechen. Unsere Aufgabe ist der Vernichtungskrieg. Unsere erstrangige Aufgabe, erklärte der Führer, ist die Vernichtung der bolschewistischen Kommissare und der kommunistischen Intelligenz. Die neuen Staaten werden keine eigene Intelligenz haben. Man darf nicht zulassen, daß eine neue Intelligenz entsteht. Hier wird eine primitive sozialistische Intelligenz genügen.“<sup>14</sup>

Deutlicher konnten wohl die Absichten der deutschen Faschisten nicht dokumentiert werden. Eine Fülle von Beweismate-

<sup>14</sup> Halders Tagebuch, Eintragung vom 30. 3. 1941.

rial straft deshalb die reaktionären Pseudohistoriker Lügen, wenn sie vom Präventivkrieg Hitler-Deutschlands gegen die Sowjetunion sprechen. Hinter diesen Lügen steht der Gedanke, auch heute wieder eine angebliche „Bedrohung aus dem Osten“ zu konstruieren, das Schreckgespenst des Bolschewismus an die Wand zu malen und willfähige Söldner für einen neuen Ritt gegen den Osten zu finden.

#### 4. Zur Frage der Wendepunkte des zweiten Weltkrieges

Ein wichtiges Ergebnis des zweiten Weltkrieges war die Zerschlagung der Hitleraggression, die Befreiung der Völker von der Sklaverei des Faschismus. Eng verbunden damit ist die Frage: Wer trug den Hauptanteil an diesem Kampf, wann und wo wurden die kriegsentscheidenden Schläge geführt? Schon eine rein zahlenmäßige Einschätzung der Verteilung der Streitkräfte der faschistischen Wehrmacht an den Fronten läßt erkennen, daß der Schwerpunkt der Kampfhandlungen ab 1941 im Osten zu suchen ist. Erbeutete Dokumente des OKW geben darüber Auskunft (siehe Tabelle auf Seite 14). Entsprechend der Verteilung der Streitkräfte ist somit leicht zu erkennen, daß den Kampfhandlungen im Osten kriegsentscheidende Bedeutung zuerkannt werden muß, daß die Rote Armee den gewaltigsten Beitrag zur Befreiung der Völker vom Joch des Hitler-Faschismus geleistet hat, daß demnach die Wendepunkte im zweiten Weltkrieg auf dem östlichen Kriegsschauplatz zu suchen sind.

Auf keinem Gebiet der westlichen Historiographie wird jedoch so viel Zweckpropaganda betrieben wie gerade in der Frage der Wendepunkte des Krieges. Die einen sprechen vom Wunder von Dünkirchen, andere meinen, daß der Schlacht um El Alamein kriegsentscheidende Bedeutung zukomme, und wieder andere sind der Auffassung, daß die Frankreich-Invasion die Entscheidung herbeigeführt habe. Nicht nur strategische Operationen werden untersucht, auch zweitrangige Momente stehen im Mittelpunkt der Betrachtung, so die Zerstörung großer deutscher Städte und Industriegebiete, das Vorhandensein eines Funkmeßgerätes in der englischen Luftwaffe oder gar strategische Fehlentscheidungen des deutschen Generalstabes.

Damit offenbart sich die Tendenz, die hinter dieser Betrachtungsweise steht: Der Beitrag, den die Rote Armee leistete, wird herabgemindert, die Stärke der westlichen Alliierten wird absichtlich übertrieben. „So wie es damals war, ist es auch heute noch.“ Fürwahr ein überzeugendes Argument im Zeichen des kalten Krieges!

Doch zurück zu den Wendepunkten. Eine Reihe westdeutscher Historiker verknüpft mit dem bekannten Anhaltebefehl Hitlers



	Deutsche faschistische Divisionen insgesamt	davon		Divisionen der Satellitenländer an der Ostfront	Gesamtzahl der an der Ostfront stehenden Divisionen	Prozentuales Verhältnis der an der Ostfront stehenden deutschen Divisionen zur Gesamtzahl der deutschen Divisionen
		Divisionen an der Ostfront	Divisionen auf den anderen Kriegsschauplätzen			
Am 22. Juni 1941	218	153	65	37	190	70 %
Am 1. November 1942	269	194	75	32	226	72 %
Am 1. Juli 1943	297	196	101	36	282	66 %
Am 1. Mai 1944	336	191	145	68	259	57 %
Am 1. Februar 1945	319	190	129	16	206	60 %

Verteilung der faschistischen Aggressionstruppen 1941–1945

vor Dünkirchen die Legende vom „verschenkten Sieg“. Dadurch, daß Hitler der Panzergruppe Kleist den Befehl gab, nicht weiter auf Dünkirchen vorzudringen, und auch der Luftwaffe Zurückhaltung auferlegte, gelingt es den Engländern, über 330 000 Mann (210 000 Briten, 120 000 Franzosen) — allerdings unter Zurücklassung der gesamten Ausrüstung — über den Kanal zu retten. Dabei legen die reaktionären Historiker Wert auf die Feststellung, daß Hitler in Eigenverantwortlichkeit gehandelt habe. Für diesen Anhaltebefehl werden die verschiedensten Begründungen gefunden. Der Wahrheit am nächsten kommt wohl die Ansicht Assmanns, der der Meinung ist, daß Hitler die Engländer aus politischen Gründen habe entkommen lassen. Hitler hegte schon vor Beginn des Krieges Sympathien für die Engländer:

„Ich weiß, was das Empire für die Stabilisierung der Welt, was die Angelsachsen für unsere nordische Rasse bedeuten. Ich will ihnen ihre dominierende Stellung auch gar nicht streitig machen.“<sup>15</sup>

Noch in jener Phase des Krieges wünschte Hitler, mit den Engländern zu einem Übereinkommen zu gelangen. Nicht in England sah Hitler den Hauptfeind, sondern in der Sowjetunion. Deshalb war jetzt sein Bestreben darauf gerichtet, mit England Frieden zu schließen, um gemeinsam über die Sowjetunion herzufallen. Dem scheinen allerdings die Vorbereitungen für eine Landung in England zu widersprechen (Unternehmen „Seelöwe“), die Hitler am 16. Juli 1940 anordnete. Hitler beschäftigte sich zu dieser Zeit jedoch bereits mit der Planung des Krieges gegen die Sowjetunion und schien es auch mit einer Landung in England nicht so eilig zu haben. Aus den verschiedensten Gründen wurde die Landungsoperation immer wieder hinausgeschoben und schließlich ganz fallengelassen. So sind auch westdeutsche Historiker heute der Meinung (P u t t k a m m e r, T i p p e l s k i r c h), daß das Unternehmen „Seelöwe“ ein gigantisches Täuschungsmanöver gegenüber der Sowjetunion dargestellt habe. Dahinter stand deutlich die Absicht Hitlers, England durch eine milde Behandlung für seine politischen Ziele zu gewinnen. Auch der von Hitler befohlene Flug seines Stellvertreters Heß (Frühjahr 1941) zeugt von den Bemühungen Hitlers, die Engländer in die Angriffsvorbereitungen auf die Sowjetunion einzubeziehen.

Soweit der historische und politische Hintergrund der Schlacht um England. Die reaktionären Geschichtsschreiber folgern jedoch anders: Da es Hitler nicht möglich war, entweder England als Bündnispartner zu gewinnen oder es militärisch niederzuwerfen, mußte er jetzt einen indirekten Weg der Entscheidungen suchen, der sich ihm im Rußlandfeldzug bot. Nach Niederwerfung der Sowjetunion würde er dann England um so verhandlungsbereiter finden. Also nicht die Sowjetunion, sondern

<sup>15</sup> Heusinger, a. a. O., S. 121.

England war der Hauptfeind Hitlers. Nicht die militärische Stärke der Sowjetunion schreckte ihn, sondern die Stärke Englands. — Der Sinn all dieser Spekulationen liegt darin, durch die Überbewertung der Schlacht um England die gewaltigen Leistungen der Sowjetvölker abzuwerten und zu diffamieren.

Ähnliche Tendenzen liegen der Einschätzung der Schlacht um El Alamein (Herbst 1942) zugrunde. So schreibt Churchill in seinem Buch „Der zweite Weltkrieg“: „Vor Alamein errangen wir nie einen Sieg. Nach Alamein erlitten wir keine Niederlage.“<sup>16</sup> Fuller spricht von der entscheidendsten Landschlacht, die je für die Alliierten gewonnen wurde, und von einer der entscheidendsten der britischen Geschichte. Tippelskirch sekundiert ihm dabei, indem er behauptet, die Schlacht um Afrika habe im Gesamtverlauf des Krieges eine größere Bedeutung als die Stalingrader Schlacht gehabt. Und damit wird die reaktionäre Tendenz deutlich, die den Ereignissen im Mittelmeerraum gegenüber den Kämpfen im Osten den Vorzug gibt. Interessant ist dabei, daß auch ehemalige Hitlergenerale (so Kesselring, Assmann, Erfurth) in die gleiche Kerbe schlagen und Hitler vorwerfen, er habe infolge seines starren kontinentalen Denkens die Bedeutung des Mittelmeerraumes als Hauptkriegsschauplatz nicht erkannt. Sie sind der Auffassung, daß bei einer sorgfältigen Beachtung des Mittelmeerraumes in der Gesamtstrategie noch eine für Deutschland günstige Kriegsentscheidung hätte herbeigeführt werden können. Bei all diesen Spekulationen „vergessen“ sie bewußt, daß infolge der Kampfhandlungen im Osten (Stalingrad) überhaupt keine Möglichkeit bestand, dem Mittelmeerraum noch militärische Verstärkungen zur Verfügung zu stellen.

Die Wendepunkte im zweiten Weltkrieg sind in Wahrheit also nicht auf den Schlachtfeldern des Westens, nicht im Mittelmeergebiet, sondern im Osten zu suchen. Die Niederlage, die die Faschisten im Winter 1941/42 vor Moskau erlitten, war so eindeutig, daß sie auch heute von der westdeutschen Geschichtsschreibung nicht geleugnet werden kann. Der Ausgang der Schlacht um Moskau bedeutete, daß die Hitlersche „Blitzkrieg“-Strategie am Ende war, daß die strategische Initiative allmählich in die Hände des sowjetischen Oberkommandos überging, daß das politische wie militärische Ansehen der Faschisten einen gewaltigen Schlag erlitten hatte. Nichtsdestoweniger wird versucht, die Niederlage vor Moskau zu bagatellisieren, den heldenhaften Kampf der sowjetischen Truppen herabzumindern und die Ursachen für die Niederlage auf alle möglichen Faktoren abzuschieben. So schreibt B o k o w e r in „Der Winter als Bundesgenosse“:

„Der Winter, der für die deutschen Truppen zu kalt war, brachte der deutschen Militärmaschine die entscheidende Niederlage bei.“

16 a. a. O., Band 4/2, S. 219.

Von Tippelskirch (Oberbefehlshaber der 4. Armee) sieht die Gründe für die Niederlage darin, daß im Oktober

„die Schlampperiode mit voller Wucht einsetzte. Die Wege wurden unergründlich, der Schlamm hängte sich mit Bleigewichten an Mensch, Tier und Fahrzeug, selbst die sogenannten Rollbahnen wurden unergründlich. Die Operation kam zum Stillstand . . . Doch schon in den nächsten Tagen schlug das Wetter um und brachte Ende des Monats Temperaturen von  $-30^{\circ}$  und mehr. Die Erfrierungen übertrafen die blutigen Verluste und zehrten an den gesunkenen Gefechtsstärken.“<sup>17</sup>

Nicht der Generalstab, sondern klimatische Faktoren, die Generale „Winter“ und „Schlamm“ führten das Verhängnis herbei! Dabei wird vollkommen außer acht gelassen, daß ja auch die sowjetischen Streitkräfte unter den härtesten Witterungsbedingungen zu kämpfen hatten, daß Kälte und Schlamm gleichfalls die Operation der Roten Armee behinderten.

Ganz besonders ist natürlich auch der „General Hitler“ an allem schuld. Er habe (nach Tippelskirch, G ö r l i t z, Erfurth) die Operation auf Moskau gebremst, um aus wirtschaftspolitischen Erwägungen heraus die Angriffe auf Kiew und Leningrad zu forcieren. Hitler habe die Stärke der sowjetischen Streitkräfte bewußt ignoriert und habe den Winterkrieg nicht einkalkuliert. Er sei der Meinung gewesen, die deutschen Soldaten würden Weihnachten 1941 wieder zu Hause sein. Zwar habe Generalfeldmarschall von Rundstedt bereits im Oktober 1941 die Einstellung der Offensive gefordert, doch habe Hitler an seiner Fehlentscheidung festgehalten und mit Schaum vor dem Mund gegen den Defätismus der Generale gewettert. Hätte er auf die „guten“ Generale gehört, so wäre alles anders gekommen. — Spekulationen, deren Tendenz unverkennbar ist!

Die Niederlage vor Moskau führte dazu, daß die faschistische Armee im Sommer 1941 nur noch an einem Teil der Ostfront, im Süden, zum Angriff übergehen konnte. Der Operationsplan sah vor: Vorstoß auf Woronesh, Vernichtung und Einkesselung der Roten Armee im Raum westlich von Stalingrad, erst danach Vordringen auf Stalingrad und in den Kaukasus. Nach Erreichung dieser Ziele: Vorstoß von Stalingrad in das Hinterland von Moskau und als Endziel: Eroberung Moskaus. — Weitgesteckte Ziele, die erkennen lassen, daß der deutsche Generalstab aus den Erfahrungen vor Moskau nichts gelernt hatte, noch immer die Stärke der Sowjetarmee unterschätzte, an der Blitzkriegstrategie festhielt und überhebliche Erwägungen anstellte.

Der am 28. Juni 1942 begonnene Angriff kommt zunächst zügig voran. Große Geländegewinne werden erzielt. Die stark bedrängten sowjetischen Truppen gehen entlang des unteren Don auf den Kaukasus zurück. Trotz heftiger Kämpfe bei Woronesh, die für das sowjetische Oberkommando einen gewal-

17 a. a. O., S. 207.

tigen Abwehrerfolg darstellen, wird entgegen allen Regeln der Kriegskunst am 23. Juli 1942 eine Änderung des Gesamtoperationsplanes der faschistischen Wehrmacht befohlen. Die 17. Armee und die 1. Panzerarmee werden dem auf den Kaukasus zurückweichenden Gegner nachgesandt, während die 6. Armee und die 4. Panzerarmee die Aufgabe erhalten, Stalingrad zu erobern. In diesem Befehl kommt die Unterschätzung des Gegners durch den deutschen Generalstab und dessen Überheblichkeit zum Ausdruck. So werden zwei Angriffskeile gebildet, die rechtwinklig auseinanderstreben und eine Zersplitterung der Kräfte bedeuten. Stalingrad soll durch eine Zangenoperation genommen werden. Die 6. Armee erhält den Auftrag, vom Norden her an der Wolga entlangzustoßen, während die 4. Panzerarmee auf den Flußlauf südlich Stalingrad angesetzt wird. Beide Armeen kommen unter heftigem Widerstand der sowjetischen Streitkräfte nur langsam voran. Die 4. Panzerarmee wird gezwungen, noch vor Erreichen des Flusses abzudrehen und gemeinsam mit der 6. Armee zum Frontalangriff auf Stalingrad überzugehen. Diese Entscheidung des deutschen Generalstabes hat schicksalhafte Folgen. Der Frontalangriff, der monatelange Häuserkampf um Stalingrad zehrt fast alle deutschen strategischen Reserven auf. Die deutschen Streitkräfte sind an der Spitze des Angriffskeils konzentriert, während die Divisionen der Satellitenmächte (Ungarn, Rumänen, Italiener) mit teilweise schlechter Ausrüstung die Flanken absichern.

In der ungenügenden Beachtung der Flankensicherung durch Hitler sieht die westdeutsche Geschichtsschreibung die Ursache für das Gelingen der sowjetischen Gegenoffensive, die Mitte November innerhalb weniger Tage zur Einkesselung der 6. Armee führte. Es ereignete sich das, was der deutsche Generalstab in überheblicher Verkennung der Lage nicht für möglich gehalten hatte: das Vermögen der sowjetischen Streitkräfte, trotz schwerster Verluste erneut zur Offensive überzugehen. Damit wird der Untergang der 6. Armee eingeleitet. Ein zweites Cannae bahnt sich an. Noch wäre ein Ausbruch aus dem Kessel bei Stalingrad möglich. Aber Hitler glaubt wiederum in Verkennung der Lage — und darin wird er von einem Teil der Generale unterstützt —, Stalingrad durch kombinierte Luft- und Landoperationen entsetzen zu können. Der Führerbefehl ordnet an, Stalingrad um jeden Preis zu halten. Die Entsatzversuche schlagen fehl. Göring hatte großsprecherisch ausreichende Versorgung auf dem Luftwege zugesichert. Trotzdem wird der Ring um die 6. Armee immer enger. 300 000 Mann werden sinnlos geopfert.

Stalingrad — Fiasko des deutschen Generalstabes! Die westdeutsche Stalingradforschung sieht jedoch in Hitler den Hauptschuldigen und zitiert mit sichtbarer Genugtuung eine Äußerung Hitlers vom 5. Februar 1943:

„Für Stalingrad trage ich allein die Verantwortung. Ich könnte vielleicht sagen, daß Göring mir ein unzutreffendes Bild

über die Möglichkeiten der Versorgung durch die Luft gegeben hat, um damit zumindest einen Teil der Verantwortung auf ihn abzuwälzen. Aber er ist ein von mir selbst bestimmter Nachfolger, und deshalb kann ich ihn nicht mit der Verantwortung von Stalingrad belasten.“<sup>18</sup>

Soweit Hitler. Es ist bekannt, daß Hitler Beschlüsse erst nach Anhören der Meinung seiner Generale faßte und daß zumindest der Operationsplan für Stalingrad mit seinen Änderungen vom Generalstab gebilligt wurde. Allerdings bildet Generaloberst Halder hierbei eine Ausnahme. Er wies 1942 auf die Ausichtslosigkeit einer Offensive hin und wurde daraufhin von Hitler als Generalstabschef entlassen. Diese Maßnahme Hitlers entbindet jedoch die übrigen Mitglieder des Generalstabes nicht von ihrer Mitverantwortung für Stalingrad.

Eine weitere Version in der westdeutschen Geschichtsschreibung klingt auf in einer Behauptung von Mansteins, der in dem Gewissenskonflikt Paulus' die Ursache für den Untergang der 6. Armee sieht. Paulus hätte den Befehl zum Ausbruch geben können, sein hohes Pflichtbewußtsein und das Verantwortungsgefühl gegenüber dem Führerbefehl hätten das nicht zugelassen. Von Manstein behauptet sogar, als Vorgesetzter Paulus', den Befehl zum Ausbruch gegeben zu haben, und erhebt gegen ihn den Vorwurf des Ungehorsams. Korfes (Divisionsgeneral der 6. Armee) sagt hierzu:

„Diese Behauptung Mansteins ist unwahr . . . Manstein hat am 19. Dezember, abends 18.00 Uhr, der 6. Armee befohlen, den Ausbruch unter völliger Räumung des Kessels vorzubereiten, aber erst nach Übermittlung des Stichwortes ‚Donnerschlag‘ durchzuführen. Sowohl Paulus als auch von Manstein fühlten sich an das strikte Ausbruchsverbot Hitlers gebunden. Wie vorher Paulus, beantragte auch Manstein bei Hitler, dieses Verbot aufzuheben und der 6. Armee die Räumung zu gestatten. (Diese Erlaubnis wurde jedoch nicht erteilt. D. Verf.) Manstein hat es nicht gewagt, gegen das Verbot Hitlers die Räumung von sich aus zu befehlen . . . Manstein sucht sich heute der Verantwortung für die Opferung der 6. Armee auf Kosten des Feldmarschalls Paulus zu entziehen.“<sup>19</sup>

Was von der westdeutschen Stalingradforschung vollkommen übersehen wird, ist die Tatsache, daß 1942 die Umstellung der sowjetischen Wirtschaft auf die Kriegsverhältnisse vollzogen war. Panzer und Geschütze wurden in derartiger Qualität und Menge hergestellt, daß die deutsche Kriegswirtschaft nicht mehr in der Lage war, mit diesen veränderten Bedingungen Schritt zu halten. Die Überlegenheit der sowjetischen Strategie gerade bei Stalingrad, die die taktischen Reserven zum richtigen Zeitpunkt (nach Überschreitung des Kulminationspunktes des Angriffs) einsetzte, wird verschwiegen. Auch die Überlegenheit

18 von Manstein, „Verlorene Siege“, S. 395.

19 Korfes, „Stalingrad . . . im Lichte der westdeutschen Geschichtsschreibung“, Protokolle der ersten Konferenz der Historiker der DDR und der UdSSR.

der sowjetischen Gesellschaftsordnung, die moralische Kraft des sowjetischen Volkes, der heldenhafte Einsatz der Kämpfer der Roten Armee werden nicht gewürdigt.

Zusammenfassend läßt sich zur westdeutschen Stalingradforschung deshalb folgendes sagen:

1. Sie sieht die Ursachen für die faschistische Niederlage absichtlich nicht in der moralischen, ökonomischen, militärischen und politischen Überlegenheit der Sowjetunion.
2. Die zweifelsohne vorhandenen Fehlentscheidungen Hitlers werden überbewertet. Es wird differenziert zwischen den operativen Absichten Hitlers und denen der Generale.
3. Diese Konzeption führt zu der Auffassung, daß an dem Fiasko von Stalingrad nicht die Generale, der Generalstab schuldig sind. Ein neuer, ausschließlich von Militärfachleuten geleiteter Krieg würde zu einem vollen Sieg führen.

##### 5. Über die Rolle der Sowjetunion und ihrer Streitkräfte bei der Niederschlagung der faschistischen Aggression

„In jedem Krieg wird der Sieg letzten Endes durch den Geist der Massen bedingt, die ihr Blut auf dem Schlachtfeld vergießen. Die Überzeugung von der Gerechtigkeit des Krieges, das Bewußtsein, daß man sein Leben zum Wohle der Brüder opfern muß, hebt den Geist der Soldaten und zwingt sie, unerhörte Lasten zu tragen.“<sup>20</sup> Diese Worte Lenins wurden durch den Verlauf der Kampfhandlungen im Osten, durch die Abwehr und Vernichtung des faschistischen Aggressors vollinhaltlich bestätigt. Sie dokumentieren die gewaltigen Anstrengungen, deren ein friedliebendes Land fähig ist, wenn es gilt, die höchsten Güter über Menschheit zu verteidigen. An der Bedeutung des heroischen Kampfes der Sowjetvölker kann selbst ein so eingefleischter Sowjethasser wie Churchill nicht vorbeigehen. In einem Brief an Stalin vom 23. Februar 1945 muß er zugeben:

„Die Rote Armee feiert ihren 27. Jahrestag mit einem Triumph, der die grenzenlose Bewunderung ihrer Verbündeten hervorgerufen hat und der das Schicksal des deutschen Militarismus entschieden hat. Die künftigen Generationen erkennen ihre Verpflichtung gegenüber der Roten Armee genauso bedingungslos an, wie wir es tun.“<sup>21</sup>

Anders urteilen westdeutsche Militärhistoriker. Wenn man Toppelskirch, Guderian und anderen glauben darf, dann kommt man zu dem Schluß, daß sich in der Anfangsphase des Krieges die sowjetischen Streitkräfte völlig passiv verhalten hätten. Die Soldaten der Roten Armee hätten sich fast freiwillig in die von

<sup>20</sup> Lenin, Werke, Bd. 31, S. 115 (russisch).

<sup>21</sup> Briefwechsel zwischen dem Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR und dem Präsidenten der USA.

der faschistischen Wehrmacht vorbereiteten „Kessel“ begeben und dort Material und Ausrüstung abgelegt, um in die Gefangenschaft zu gehen. Die Masse der sowjetischen Streitkräfte sei froh gewesen, dem Druck der Kommissare (so M i d d e l d o r f) entronnen zu sein. Nur die falsche Politik der Nazis gegenüber der Bevölkerung und den Soldaten des Sowjetlandes sei schuld daran gewesen, daß dieser Krieg schließlich in einen Volkskrieg, einen Befreiungskampf übergegangen sei. So versuchen die reaktionären Geschichtsschreiber, die moralische Haltung der Sowjetvölker zu diffamieren und die historischen Tatsachen zu verzerrern.

Sie ignorieren dabei bewußt, daß die erste Periode des Krieges die Sowjetunion völlig unvorbereitet traf, daß die Sowjetunion bis zum letzten Augenblick entsprechend dem Geist des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes und des damit verbundenen wirtschaftlichen Abkommens treu zu den Verpflichtungen des Vertrages stand und sie erfüllte. Deshalb stellte die Anfangsphase des Krieges eine gewaltige Belastung und Prüfung für die Sowjetvölker dar. Die Bitterkeit der Niederlagen und der Mißerfolge lasteten schwer auf den Schultern der Sowjetmenschen. Die sowjetischen Streitkräfte waren gezwungen, unter den ungünstigsten strategischen Bedingungen zu kämpfen. Daß diese Schwierigkeiten und Rückschläge dennoch durch den Opfermut und den Kampfgeist der Sowjetbürger überwunden wurden, zeugt von der politisch-moralischen Einheit des ganzen Sowjetvolkes, deren Nichtvorhandensein eben die reaktionären Historiker beweisen wollten.

Eine andere Version, der sich die bürgerlichen Historiker bedienen, um die Leistungen der sowjetischen Streitkräfte zu diffamieren, ist die Behauptung, daß die Sowjetunion ihren Sieg nur dank der ungeheuren zahlenmäßigen Überlegenheit der Streitkräfte erreicht habe. So behauptet z. B. Toppelskirch, daß die Rote Armee bei ihrem Gegenangriff vor Moskau 1941 über eine zwanzigfache Überlegenheit verfüge habe. Hierzu veröffentlichte Dokumente des sowjetischen Oberkommandos lassen zwar erkennen, daß es ihm in wenigen Monaten gelang, das Kräfteverhältnis gegenüber der faschistischen Wehrmacht zu verbessern und auszugleichen, jedoch nicht in dem Maße, wie es Toppelskirch tendenziös entstellt. So war (nach S h i l i n) die Infanterie der sowjetischen Streitkräfte vor Moskau dem Gegner um das 1,2fache, die Luftwaffe um das 1,7fache überlegen, während bei Panzern und Artillerie eine Überlegenheit der faschistischen Wehrmacht um das 2,5- bzw. 1,7fache vorhanden war. Ganz allgemein phantasierten die reaktionären bürgerlichen Geschichtsschreiber davon, daß diese zahlenmäßige Überlegenheit erdrückend geworden wäre während der Kämpfe um Stalingrad, im Sommer 1943 und bei den Großoffensiven des Jahres 1944. Wenn dem so gewesen wäre, dann wären die faschistischen Aggressoren schon bedeutend früher aus dem Territorium der Sowjetunion vertrieben worden.

Auch Vergleiche der Bevölkerungsziffern der beiden Staaten können diese These von der zahlenmäßigen Überlegenheit nicht stützen; denn das Territorium, das von den Faschisten zeitweilig besetzt worden war, gehört zu den volkreichsten Gebieten der Sowjetunion. Ein großer Teil der Bevölkerung dieser Gebiete stand also in den entscheidendsten Kämpfen auf sowjetischem Boden nicht zur Verfügung. Daß trotzdem an Schwerpunkten der Kämpfe eine gewisse zahlenmäßige Überlegenheit der Roten Armee festzustellen war, ist nur ein Beweis für die Überlegenheit der sowjetischen Kriegführung, die es verstand, gerade an den Brennpunkten der Kämpfe zum rechten Zeitpunkt die notwendigen strategischen Reserven zu massieren.

Die tendenziöse Diffamierung der Sowjettruppen zielt darauf hin, den Wert des sowjetischen Soldaten herabzusetzen und die strategischen Leistungen der sowjetischen Kriegführung zu diffamieren. Doch auch die reaktionäre Geschichtsschreibung Westdeutschlands ist gezwungen, eine Reihe bitterer Einverständnisse zu machen. Guderian bemerkt hinzu: „Der russische Soldat hat sich stets als besonders zäher und harter Kämpfer bewährt.“<sup>22</sup> Middeldorf geht zwar in seinem Buch „Taktik im Rußlandfeldzug — Erfahrungen und Folgerungen“ von der reaktionären These aus, „daß das deutsche Heer sowohl bei Beginn als auch noch bei Ende des Krieges die schlagkräftigere Infanterie besessen hat“.<sup>23</sup> Er widerlegt sich aber selbst, wenn er die Überlegenheit der Sowjetarmee in den wichtigsten Disziplinen der Kriegführung zugeben muß. Er muß eingestehen, daß die sowjetische Infanterie im Nachtkampf, im Kampf in Wald und Sumpf, im Stellungsbau, im Winterkrieg, in der Scharfschützenausbildung, in der hohen Zahl der Maschinenpistolen und automatischen Gewehre, in der starken Bewaffnung im Verhältnis zur Gesamtkopffzahl, in der Zahl der Offiziere überlegen war. Widerwillig muß er zugeben:

„Zu welchen Leistungen den russischen Infanteristen die mehr passiven Seiten seines Volkscharakters befähigen, hat nicht zuletzt das Scheitern des deutschen Unternehmens ‚Zitadelle‘ bewiesen. Das verbissene Ringen des einzelnen russischen Schützen in seinem Deckungsloch, bis zum letzten Atemzug, mußten hier die voll ausgerüsteten deutschen Angriffsddivisionen erfahren.“<sup>24</sup>

Wenn auch Middeldorf die zähe Kampfweise aus dem angeblich „passiven Volkscharakter“ begründet, so beweisen seine Äußerungen doch die Opferbereitschaft und die Vaterlandsliebe des Sowjetmenschen.

Eine andere Behauptung, die vorwiegend von anglo-amerikanischen Militärhistorikern vertreten wird, stellt den Sieg und

<sup>22</sup> Guderian, „Bilanz des zweiten Weltkrieges“, S. 96.

<sup>23</sup> a. a. O., S. 14.

<sup>24</sup> a. a. O., S. 13.

die Überlegenheit der Sowjetunion in Beziehung zu den amerikanischen Lieferungen, die sich aus dem lend-lease-Abkommen ergaben. In dem Buch Westphals „Verhängnisvolle Entscheidungen“ (New York 1957) heißt es:

„Die amerikanischen Lieferungen halfen dem roten Koloß, in erheblichem Maße die Verluste zu ersetzen, die er in den ersten Kriegsmonaten erlitten hatte, und die militärische Macht allmählich zu stärken . . . Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die russischen Truppen ohne diese gewaltige amerikanische Unterstützung kaum in der Lage gewesen wären, 1943 zum Angriff überzugehen.“

Untersuchen wir, wie es mit der Hilfe der USA für die Sowjetunion wirklich aussah. Die „War-Reports“ des amerikanischen Verteidigungsministers Marshall geben hierüber Auskunft. Er führt an, daß die Sowjetunion vom 1. Juli 1941 bis 31. Juli 1943 3000 Flugzeuge und 2400 Panzer erhalten haben. Im gleichen Zeitraum wurden in der Sowjetunion mehr als 50 000 Flugzeuge und 40 000 Panzer hergestellt. Die amerikanischen Lieferungen betragen somit noch nicht einmal 6 Prozent der Bruttoproduktion in den angeführten Positionen. Desgleichen betrug die Lieferung von Industriewaren für die UdSSR im gesamten Zeitraum nur 4 Prozent der Industrieproduktion der Sowjetunion. Zu bemerken ist hierzu, daß die Qualität der gelieferten Panzer und Flugzeuge die der sowjetischen Fertigung nicht erreichte. Die lend-lease-Lieferungen stellten somit nur eine geringe Hilfe für die Stärkung der sowjetischen Streitkräfte dar. Selbst die amerikanische „Verwaltung für Wirtschaftshilfe für andere Länder“ muß in einer Schrift „Lend-Lease, Fakten und Fiktionen“, die 1945 erschienen ist, diesen Sachverhalt zugeben:

„Die Kriegsmaterialien gemäß dem lend-lease-Abkommen, die wir lieferten, bildeten, obwohl sie eine wichtige Rolle bei den Erfolgen der Streitkräfte Großbritanniens und der UdSSR spielten, nur einen sehr kleinen Teil der gesamten Kriegsproduktion. Ihre Hauptbedürfnisse deckten unsere Verbündeten aus ihrer eigenen Produktion. Was die Streitkräfte Großbritanniens angeht, so deckte die lend-lease-Hilfe aus den USA ungefähr  $\frac{1}{5}$  aller ihrer Bedürfnisse . . . Wenn man die russische Armee nimmt, so hat unsere Hilfe ihre allgemeinen Bedürfnisse noch viel weniger befriedigt.“

Andere Stimmen urteilen ähnlich. Selbst der frühere Präsident der USA, Hoover, muß zugeben, daß „sie (die Rote Armee) die Deutschen zum Stehen brachten, bevor sie lend-lease-Lieferungen erhielten“. Das Bild rundet sich, wenn man Dokumente des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR studiert, die feststellen, daß die Lieferungen an die Sowjetunion etwa ein Drittel der Lieferungen der USA an Großbritannien ausmachten und daß die Amerikaner oft nicht das schickten, was die Sowjetarmee brauchte. Oft wurden gerade während der schwersten Kämpfe an der Front die Lieferungen eingestellt.

Ein Argument, dessen sich die westdeutsche Historiographie oft und gern bedient, ist die Behauptung von der drückenden ökonomischen Überlegenheit der Sowjetunion, die ihren Ausdruck gefunden habe in der wachsenden militärischen Stärke der Roten Armee. In der Tat hat es der Sowjetstaat verstanden, gestützt auf die politisch-moralische Einheit des Sowjetvolkes, nach dem Überfall Hitlers alle Reserven für die Kriegführung zu mobilisieren und mindestens ab Herbst 1942 die Initiative auf ökonomischem Gebiet zu ergreifen. So wurden nach Melnikow 1940 in der Sowjetunion 14,9 Millionen Tonnen Roheisen, 18,3 Millionen Tonnen Stahl erzeugt und 165,9 Millionen Tonnen Kohle gefördert. Im gleichen Zeitraum produzierte das faschistische Deutschland mit all seinen besetzten Gebieten ungefähr 20 Millionen Tonnen Roheisen, 30 Millionen Tonnen Stahl und förderte 404 Millionen Tonnen Kohle. Zu Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion verfügte also Hitler-Deutschland über eine weit größere Produktionskapazität als die Sowjetunion.

Hinzu kommt noch, daß durch den Ausfall bedeutender Industriegebiete und Rohstoffquellen die Volkswirtschaft der Sowjetunion große Verluste erlitten hatte. In den zeitweilig von den Faschisten besetzten Gebieten wurden vor dem Krieg 63 % der Kohle, 68 % des Roheisens und 58 % des Stahls erzeugt. Die Umstellung auf die Kriegswirtschaft erfolgte daher in der Sowjetunion unter ungeheuer schweren Bedingungen. Gestützt auf die Bereitschaft der Massen, den faschistischen Aggressor abzuwehren, gelang es mit Hilfe der fortschrittlichen Gesellschaftsordnung der Sowjetunion, in kürzester Zeit alle Kräfte für die Organisierung der Kriegsindustrie zu mobilisieren. Das ganze Land verwandelte sich in ein einziges Kriegslager.

Von den Heldentaten des Sowjetvolkes mögen einige Zahlen künden. Die sowjetische Kriegsindustrie stellte 1942 mehr als 25 000 Flugzeuge, ungefähr 23 500 Panzer, 34 000 Feldgeschütze vom Kaliber 76 mm und schwerer her. Das geschah in einer Periode, die noch gekennzeichnet war durch das Vordringen der faschistischen Wehrmacht (Stalingrad, Kaukasus), in der der Sowjetunion neue wirtschaftliche Verluste zugefügt wurden. Das faschistische Deutschland, dessen ökonomische Ressourcen sich seit 1940 bedeutend verstärkt hatten, produzierte im gleichen Zeitraum hingegen nur 9300 Panzer, 14 700 Flugzeuge und 12 000 Feldgeschütze.

Noch deutlicher wird die Überlegenheit der sowjetischen Kriegsindustrie offenbar, wenn man die Durchschnittsziffer der jährlichen Kriegsproduktion der letzten drei Kriegsjahre vergleicht. Im Durchschnitt wurden in der Sowjetunion jährlich 120 000 Artilleriegeschütze, 40 000 Flugzeuge, 30 000 Panzer und 193,9 Millionen Artilleriegeschosse hergestellt. Die entsprechende Produktion Deutschlands belief sich bei Flugzeugen auf jährlich rund 26 000 und bei Panzern auf 19 000. Daraus

wird ersichtlich, daß die Wachstumsrate der Kriegsproduktion in der Sowjetunion bedeutend schneller anstieg als in Hitler-Deutschland – ein entscheidender Faktor, der es der sowjetischen Kriegführung gestattete, bedeutende strategische Operationen in großer Breite und schnellem Tempo durchzuführen.

Die wachsende Stärkung des ökonomischen Potentials der Sowjetunion ist aber auch zugleich ein Ausdruck für die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber der Gesellschaftsordnung kapitalistischer Länder. Solche Taten können eben nur sozialistische Menschen vollbringen, die über hohe moralische und geistige Qualitäten verfügen. Die Kraft und die Stärke der Volksmassen kommt jedoch nicht nur in dem wirtschaftlichen und militärischen Potential, das sich die Völker zur Abwehr einer Aggression schaffen, zum Ausdruck, sondern sie zeigt sich in dem Grad der Bewußtseinsbildung und der politisch-moralischen Einheit. Schon Lenin wies darauf hin, daß sich im Verlauf der Bewußtseinsbildung der Massen immer neue Formen des Kampfes der unterdrückten Völker herausbilden. Eine solche neue Form des Kampfes im zweiten Weltkrieg war der Partisanenkampf. So schreibt Rendulic in „Bilanz des zweiten Weltkrieges“:

„In keinem Krieg der bisherigen Geschichte hatte der Partisanenkampf eine solche Bedeutung wie im letzten Weltkrieg. Er stellte damit in seinem Ausmaß ein Novum in der Kriegsgeschichte dar . . . Sein Aufflackern und seine mit den Jahren sich ständig steigende Intensität in Rußland, in Polen, auf dem Balkan, aber auch in Frankreich und Italien hat das Gesicht des zweiten Weltkrieges mit bestimmt.“<sup>25</sup>

An anderer Stelle hebt Rendulic hervor:

„Die Kampfweise der sowjetischen Partisanen kennzeichnete ein rücksichtsloser Einsatz der eigenen Person in einem Grad, wie er auf keinem anderen Kriegsschauplatz festzustellen war.“<sup>26</sup>

Für solch ein „Novum“ in der Kriegsgeschichte muß natürlich eine Erklärung gefunden werden. Angeblich, so behaupten die revanchistischen Geschichtsschreiber, seien 1941 die faschistischen Okkupanten in der Sowjetunion als Befreier begrüßt worden.

„Der Terror der regierenden ‚Goldfasane‘ in den besetzten Gebieten hat jedoch eine furchtbare Wirkung gezeigt. Abgestorben ist auch die letzte Regung, die Deutschen als Befreier zu begrüßen . . . Das haben die Gauleiter, und niemand anders, erreicht: Es gibt keine Bolschewisten, Mitläufer und Bolschewistengegner mehr, es gibt nur noch Russen.“<sup>27</sup>

Falsch ist an dieser Behauptung – und darin zeigt sich der hinterhältige Charakter der reaktionären Geschichtsschrei-

25 Rendulic, a. a. O., S. 101.

26 Rendulic, a. a. O., S. 100.

27 Zentner, „Nur einmal konnte Stalin siegen“, S. 104.

bung —, den faschistischen Überfall auf die Sowjetunion, die Versklavung und die Vernichtung der sowjetischen Bevölkerung als einen Akt der „Befreiung“ zu deklarieren. Es ist erwiesen, daß der Partisanenkampf sofort mit dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion begonnen hat. So befaßt sich ein Erlaß des OKW bereits am 25. Juli 1941 mit der Partisanentätigkeit, die „eine ernste Gefahr für die deutschen Verbindungslinien“ darstelle. Der Armeebefehl des Generalfeldmarschalls von Reichenau vom 10. Oktober 1941 über das „Verhalten der Truppen im Ostraum“ gibt sogar konkrete Hinweise, wie die Partisanentätigkeit zu bekämpfen sei.

Wie hart und erfolgreich der Kampf der Partisanen geführt wurde, sollen einige Zahlen verdeutlichen. So wurden in der Zeit vom 22. Juni 1941 bis zum 1. November 1942 im bjelorusischen Gebiet 17 Generale und hohe Nazibeamte, 87115 Soldaten und Offiziere, 3824 Polizisten durch Partisanen getötet. 830 Militärzüge wurden zur Entgleisung gebracht, 5 Panzerzüge, 4773 Kraftwagen, 178 Flugzeuge, 385 Panzer zerstört, 154 Eisenbahn- und 770 andere Brücken gesprengt. Im Leninrader Gebiet wurden bis zum Oktober 1941 über 300 Dörfer von Hitlertruppen befreit und unter die Kontrolle der Partisanen gebracht. So reagierte also die sowjetische Bevölkerung auf die „Befreiung“ durch die Nazis!

Was hingegen richtig ist an der Einschätzung Zentners, ist die Erkenntnis, daß die Besatzungspolitik der Nazis in großem Maße dazu beigetragen hat, die Entwicklung der Partisanenbewegung zu fördern. Sie hat sie jedoch nicht ausgelöst. Der Terror als integrierender Bestandteil der faschistischen Ideologie mußte zwangsläufig den Haß der unterdrückten Bevölkerung gegen die fremden Okkupanten hervorrufen. Ein System, das seit Beginn seines Bestehens darauf hinarbeitete, das deutsche Volk in einen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetvölker zu hetzen, darf sich nicht wundern, wenn eben dieses Volk, ob an der Front oder im besetzten Hinterland, vom Beginn des Überfalls an zu den Waffen greift und die Existenz seiner sozialistischen Heimat verteidigt.

Die Begründung des Partisanenkrieges mit einer falschen Besatzungspolitik der Nazis fügt sich gut ein in die Konzeption der Bonner Militaristen. Damit versuchen die ehemaligen Generale, einen Strich zwischen sich und die politischen Kräfte des deutschen Faschismus zu ziehen. Die These von der falschen Besatzungspolitik soll die deutschen Generale rehabilitieren und alle Schuld der Generale und des Generalstabes auf Hitler und seine Konsorten abwälzen.

In verschiedenen Werken reaktionärer westlicher Historiker wird auch auf die „Rechtslage“ der Partisanen eingegangen. Es wird der Versuch unternommen, den Kampf der Völker um ihre Befreiung als ungesetzlich im Hinblick auf die allgemeinen Normen des Völker- und Kriegsrechts hinzustellen. Rendulic

versucht so, nachzuweisen, daß die Partisanenbewegung außerhalb des geltenden Rechts stand. Laternser, der Verteidiger der deutschen Kriegsverbrecher im Nürnberger Prozeß, rechtfertigt sogar die entsetzlichen Bestialitäten der deutschen Faschisten, indem er erklärt: „Die Deutschen waren daher berechtigt, summarisch mit den Partisanen zu verfahren.“<sup>28</sup> Dem Leser solcher Zitate bleibt es überlassen, daraus zu folgern, daß, wenn der Partisanenkrieg als ungesetzlich erklärt wird, eben der vom deutschen Faschismus entfesselte Krieg, die Terror- und Eroberungspolitik, als „rechtmäßig“ und „gesetzlich“ betrachtet werden muß.

Es wird von der westdeutschen Historiographie bewußt verschwiegen, daß der Überfall Hitlers auf die Sowjetunion außerhalb jeden Völkerrechts stand, daß — wenn man schon Rechtsnormen strapazieren will — noch nicht einmal eine Kriegserklärung Hitler-Deutschlands erfolgte, daß demzufolge auch dem Sowjetvolk das Grundrecht auf Notwehr zuerkannt werden muß. Eine solche Geschichtsbetrachtung ist unwissenschaftlich und kann nur in Zusammenhang mit der Vorbereitung eines neuen Krieges gesehen werden. Deshalb wird der Freiheitskampf unterjochter Völker als ungesetzlich erklärt, und wer sich für die Freiheit seines Volkes einsetzt, muß eben nach Meinung der westdeutschen Historiker damit rechnen, als Bandit außerhalb des Völkerrechts abgeurteilt zu werden.

Gerade im Partisanenkrieg aber zeigte sich die Bewußtheit der Volksmassen, ihr Streben nach nationaler und sozialer Befreiung, ihre Bereitschaft, die sozialistischen Errungenschaften zu schützen. Darum war der Partisanenkampf legal und eine rechtmäßige Kampfform der um ihre Freiheit ringenden Völker. Die Aktionen der Partisanen stellten einen gewaltigen Beitrag der vom Hitler-Faschismus überfallenen Völker für die siegreiche Beendigung des Krieges durch die Antihitlerkoalition dar.

Hervorragenden Anteil hatte hierbei die sowjetische Partisanenbewegung. Im Juni 1941 aus kleinen Anfängen entstanden, zählte sie während des Höhepunktes der Kämpfe auf dem Territorium der Sowjetunion zeitweilig eine Million Kämpfer. Sie fügte dem Feind nicht nur hohe Verluste an Menschen und Material zu, sondern sie war ein dauernder Unsicherheitsfaktor, den der deutsche Generalstab oft nur schwer in seine Kalkulationen einbeziehen konnte. Höhepunkte der Partisanentätigkeit waren stets die kriegsentscheidenden Kampfhandlungen auf sowjetischem Territorium, so die Schlachten um Moskau, Stalingrad und Kursk.

Bis zum Sommer 1942 operierten die Partisanenverbände ohne direkte zentrale Anleitung. Im Mai 1942 wurde beim sowjetischen Oberkommando der Zentrale Stab der Partisanenbewegung geschaffen, der die Operationen der Partisanen

<sup>28</sup> Laternser, „Verteidigung deutscher Soldaten“, S. 168.

koordinierte, sie mit Waffen und Munition versorgte und die Herstellung von Funkverbindungen ermöglichte. Von diesem Zeitpunkt an operierten viele Partisaneneinheiten gemeinsam mit den Einheiten der regulären Truppe. Durch ihren wirklichen Kampf wurde das faschistische Oberkommando gezwungen, Streitkräfte in erheblichem Umfang für ihre Bekämpfung bereitzustellen. Verkehrswege und Nachschublinien mußten gesichert werden. So wurden im Herbst 1942 beispielsweise 20 Infanteriedivisionen, 10 SS- und Polizeidivisionen, 27 Polizei- und 8 Infanterieregimenter, 114 Infanteriebataillone und 72 Spezialeinheiten zur Bekämpfung sowjetischer Partisanen eingesetzt. Trotz alledem breitete sich der Volkskampf immer weiter aus. Der gesamte Nachschub zur Front wurde empfindlich gestört. Hervorzuheben sind dabei besonders die Aktionen gegen den Eisenbahnverkehr. Nach Teske (Generalstabs-offizier im Transportwesen) wurden in einer einzigen Nacht (vom 2. zum 3. August 1943) 8422 Sprengstellen an wichtigen Strecken gezählt. Dadurch scheiterte der Versuch des faschistischen Oberkommandos, die für die Kämpfe bei Kursk so dringend benötigten operativen Reserven rechtzeitig an den Schwerpunkt der Kämpfe heranzuführen.

Ohne Übertreibung kann daher gesagt werden, daß der Kampf der Partisanen wesentlich dazu beigetragen hat, die faschistischen Okkupanten vom Territorium der Sowjetunion zu verjagen. Im Kampf der Partisanenbewegung spiegelte sich die politisch-moralische Überlegenheit des Sowjetvolkes über den faschistischen Aggressor wider. Es zeigt sich deutlich, daß Moral und Kampfgeist untrennbar verbunden sind mit der Gesellschaftsordnung. Die Werktätigen der Sowjetunion kämpften für die hohen Ideale des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus. So verfügte die Sowjetunion nicht nur über die besseren Waffen, sondern auch über die besseren Menschen. Ihnen ist es zu verdanken, daß der Sowjetunion auf Grund ihrer politischen, moralischen, ökonomischen und militärischen Überlegenheit die entscheidende Rolle beim Sieg über den Hitler-Faschismus zukommt.

## 6. Die Darstellung des antifaschistischen deutschen Widerstandskampfes in der westdeutschen Geschichtsschreibung

Es ist der deutschen Widerstandsbewegung nicht gelungen, den Hitlerfaschismus aus eigener Kraft zu beseitigen; dennoch bleibt das Ringen der deutschen Widerstandskämpfer eine leuchtende nationale Tat in der Nacht der faschistischen Barbarei. Zehntausende deutscher Widerstandskämpfer, überwiegend der Arbeiterklasse entstammend, gaben ihr Leben für die nationale und soziale Befreiung unseres Volkes. Die Historiker der Deutschen Demokratischen Republik bewahren diesen

Kämpfern ein ehrendes Gedenken, wenn sie die Geschichte des deutschen Widerstandskampfes erforschen, die Zusammenhänge darstellen und die dabei gewonnenen Erkenntnisse den Bürgern unserer Republik und besonders unseren Jugendlichen als Mahnung und Verpflichtung zugleich vermitteln.

Zwölf Jahre Widerstandskampf, ungezählte Tote, 300 000 überlebende deutsche Kämpfer gegen den Faschismus — das sind Fakten, an denen auch die westdeutsche Geschichtsschreibung nicht vorübergehen kann. Den heroischen Kampf der deutschen Arbeiterklasse darzustellen, ist ihnen jedoch alles andere als angenehm. Im Zeitalter des kalten Krieges erinnert man sich nicht gern an die großen freiheitlichen und nationalen Traditionen unseres Volkes. Deshalb beschäftigen sich nur wenige Veröffentlichungen in Westdeutschland mit dem antifaschistischen Widerstandskampf. Und die geringe Zahl von Autoren, die zu diesem Thema Stellung nehmen, läßt eine unzureichende und einseitige Stellungnahme erkennen. Ihnen geht es darum, zu beweisen, daß die Widerstandsbewegung nur von geringer Bedeutung gewesen sei, daß sich der Widerstand im wesentlichen auf die bürgerliche und militärische Opposition beschränkte, daß es vorwiegend moralische und religiöse Motive gewesen seien, die die Widerstandskämpfer zu ihrer tapferen Haltung gegen das barbarische System befähigt hätten.

Ganz besonders werden dabei die führenden Männer des 20. Juli herausgestellt, die Militärs und die hohen Staatsbeamten. Sie verkörpern, so meinen diese Geschichtsschreiber, die besten Traditionen des deutschen Volkes. Sie sind die Leitbilder des neuen Staates. In ihren Traditionen lebt die Bundeswehr. Ihnen und ihren Standesgenossen kann man folgen bei der Vorbereitung auf den Fall Rot. — Soweit die allgemeine Tendenz der westdeutschen Geschichtsschreibung.

Es gibt aber noch andere Kreise, denen an einer objektiven Darstellung des antifaschistischen Widerstandskampfes wenig gelegen ist. Sie sind im Lager der westlichen Alliierten der Antihitlerkoalition zu suchen. Ihre Vorkriegspolitik trug wesentlich dazu bei, die Hitlerdiktatur zu festigen. Sie begünstigten damit die Entfesselung des zweiten Weltkrieges. Westliche Staatsmänner bekundeten noch bis 1939 offene Sympathie für das Hitlerregime, und voll Bitterkeit bemerkt Dr. Rudolf P e c h e l,

„daß jedesmal nach einem Besuch ausländischer Staatsmänner entweder Maßnahmen getroffen wurden, die bestehenden außenpolitischen Verträge aufzuheben, oder in Deutschland neue Gesetze und Verfügungen erlassen wurden, durch die der Terror sich verschärfte. Der beste Beweis, wie sehr die Nationalsozialisten solche Besuche als Stützung ihrer eigenen Position honorierten.“<sup>29</sup>

Die entsetzlichen Greuel in den Konzentrationslagern waren auch schon damals den Westmächten bekannt. Ein Appell an

<sup>29</sup> Pechel, „Deutscher Widerstand“, S. 263.



das Gewissen der Menschheit, zum rechten Zeitpunkt verkündet, hätte die Faschisten in ihre Schranken zurückweisen können. Es geschah nichts. Deshalb schien es besser, sich nach Kriegsende gewisser Dinge nicht mehr zu erinnern und am besten den gesamten antifaschistischen deutschen Widerstandskampf totzuschweigen.

Hinter den Bestrebungen anglo-amerikanischer Kreise, der Öffentlichkeit die Wahrheit vorzuenthalten, standen 1945 noch andere Tendenzen. Der Morgenthau-Plan sah eine Versklavung und Ausrottung des deutschen Volkes vor. Man wollte das deutsche Volk physisch und psychisch vernichten „Es gibt keine guten Deutschen, der tote ist der beste!“ Ganz im Einklang damit eine Erklärung Eisenhowers, der die deutsche Nation als eine Mischung von „Größenwahnsinnigen und Verfolgungswahnsinnigen“ charakterisierte. Gegen solche Menschen sind natürlich alle Mittel recht, auch die Anwendung der Sterilisation (Vansittart). Deshalb mußte das Bestehen einer deutschen Widerstandsbewegung geleugnet werden, denn in ihrer Existenz hatte sich ja die gesunde ethische und moralische Kraft der besten Teile des deutschen Volkes gezeigt.

Die westliche Politik gegenüber Deutschland erfuhr jedoch im Zusammenhang mit der politischen Entwicklung nach 1945 eine radikale Änderung. Die Pariser Verträge, der Beitritt der Westzone zur NATO standen auf der Tagesordnung. Man brauchte Traditionen, die den ohnehin schon schwer belasteten deutschen Militarismus rechtfertigten. Solch eine glänzende Rechtfertigung boten die Ereignisse vom 20. Juli 1944.

Obwohl die Widerstandsbewegung des 20. Juli breiteste Kreise unseres Volkes umfaßte, werden die Ereignisse tendenziös verzerrt, und man orientiert sich bei der Erforschung der Geschichte des 20. Juli nur auf die Untersuchung der Rolle einiger vordergründiger politischer und militärischer Exponenten. Man berauscht sich am Ethos der Generale und hohen Politiker und schiebt dabei geflissentlich ihre reaktionären imperialistischen Ziele mit unter, die so gut in die NATO-Pakt-Strategie hineinpassen. Die hohen Nazioffiziere werden rehabilitiert, und ihrer Wiederverwendung in den westdeutschen NATO-Streitkräften steht somit nichts mehr im Wege. Außerdem bietet sich hier eine günstige Gelegenheit, die Rolle der sozialistischen Widerstandsbewegung auszuklammern.

Das Vorhandensein einer breiten deutschen Widerstandsbewegung, die ihre Wurzeln in der deutschen Arbeiterklasse hatte, ließ sich jedoch auf die Dauer nicht leugnen. Deshalb versuchte man sie zu bagatellisieren. So wird von den westdeutschen Schriftstellern ganz allgemein die Meinung vertreten, daß von einer eigentlichen deutschen Widerstandsbewegung erst mit Beginn des zweiten Weltkrieges zu sprechen sei. Mögen einige Zahlen diese Behauptungen widerlegen. Im Jahre 1933 wurden 20 565 Antifaschisten wegen „Hochverrats“ von faschi-

stischen Gerichten abgeurteilt. Im Jahre 1936 wurden 11 678 Kommunisten und 1374 Sozialdemokraten, im Jahre 1937 weitere 8068 Kommunisten und 733 Sozialdemokraten wegen illegaler Tätigkeit abgeurteilt. Es handelt sich bei diesen Zahlen nur um die Fälle, die gerichtlich abgeurteilt wurden. In zunehmendem Maße wurden in gleichem Zeitraum Zehntausende antifaschistischer Kämpfer ohne Gerichtsverfahren in die Konzentrationslager verschleppt.

Diese Zahlen beweisen aber auch gleichzeitig den führenden Anteil der sozialistischen Kämpfer an der Widerstandsbewegung, während die Beteiligung der bürgerlichen Opposition bedeutend geringer war. Ein Gestapobericht aus dem Jahre 1934 läßt deutlich die Stärke der proletarischen Kämpfer erkennen. Es heißt dort:

„Wenn auch von Zeit zu Zeit ein Schlag diese Kader trifft, so wird immer wieder ein Organisationszentrum auftauchen, das wieder versucht, die Fäden von neuem zu knüpfen. Das entspricht auch ganz ihrer politischen Auffassung, die auch die Ausbreitung ihrer Weltanschauung nicht dem Zufall und der Spontanität überläßt, sondern planmäßig nach bolschewistischen Grundsätzen organisiert.“<sup>30</sup>

Ein charakteristisches Merkmal der Berichterstattung über den antifaschistischen Widerstandskampf ist der Versuch, die grundlegenden Unterschiede zwischen der sozialistischen Bewegung und der bürgerlichen Opposition zu verwischen. So schreibt Ernst Böhm in seiner Schrift „Widerstandsbewegung oder Revolution“:

„Auf beiden Seiten (Antifaschisten — Nazis; d. Verf.) befanden sich Deutsche aller Schichten, Klassen und Berufe, vom arbeitslosen Ungelernten ohne Vermögen angefangen bis hinauf zum Großindustriellen, hohen Beamten und Feldmarschall. Da das entscheidende Kriterium ein ethisches war und es um die Moral in der Politik ging, war die Entscheidung für oder gegen Hitler von Natur aus nicht an die Zugehörigkeit der Menschen zu irgendeinem Stand, irgendeiner Klasse oder irgendeinem Beruf gebunden, sondern an die Zugehörigkeit des Menschen zu menschlichen Typen.“

Ähnliche Tendenzen treten in einem Geschichtslehrbuch für die Oberstufe der höheren Schule auf:

„Nur eine kleine Zahl von Männern und Frauen ist zu dem Schluß gekommen, daß die sittliche Verantwortung ihres Volkes sie dazu zwingt, sich gegen das Verhängnis aufzulehnen. In dieser Widerstandsbewegung haben Katholiken, Protestanten und Freidenker, Offiziere, Angehörige des alten Adels, Minister, Diplomaten und hohe Verwaltungsbeamte, Politiker, Gewerkschaftsführer, bürgerliche Universitätsjugend und Arbeiter sich zusammengefunden. Sie ist weder eine Bewegung der bloßen Reaktion noch leichtfertige Durchbrechung der

<sup>30</sup> Institut für Marxismus-Leninismus, Archiv, Gestapoakte 33/56/a, Blatt 154.

nationalen Disziplin im Angesicht des Feindes gewesen. Die Besten dieser Männer haben furchtbar unter dem Gewissenszwiespalt gelitten, daß die allgemeine Not des deutschen Volkes sie zwingt, sich im Krieg gegen die Führung zu verschwören.“<sup>31</sup>

Also Leugnung des Klassencharakters der deutschen Widerstandsbewegung, gemeinsame Interessen — gemeinsame Feinde! Und dieser Feind hieß nicht nur Hitler — er stand auch an den Toren des „Reiches“. Dem Leser bleibt überlassen — und das wird ihm bei den allgemeinen politischen Tendenzen des Westzonenstaates nicht schwerfallen — zu folgern, daß damit nur die Sowjetunion gemeint sein kann. Das ist die letzte Konsequenz, zu der eine solche unwissenschaftliche Betrachtungsweise führt.

Wieder mögen einige Zahlen für den Charakter der sozialistischen Widerstandsbewegung im zweiten Weltkrieg sprechen. Aus den Akten des Reichsjustizministeriums geht hervor, daß 1939 99 Todesurteile, 1941 1292 und 1943 5336 Todesurteile überwiegend gegen Angehörige der Arbeiterklasse ausgesprochen wurden. Eingerechnet sind hierbei nicht die in den Kellern der Gestapo und den Konzentrationslagern Ermordeten. Verhaftet wurden im Januar 1944 42480, im Februar 45071, im März 46302 Widerstandskämpfer. Auch hier handelte es sich durchweg um Angehörige der sozialistischen Widerstandsbewegung. Diese wenigen Zahlen beweisen die Wichtigkeit des Versuches, den Anteil der Sozialdemokraten und Kommunisten innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung zu leugnen.

Doch abschließend noch das Urteil eines westdeutschen Historikers, das die Bemühung erkennen läßt, den sozialistischen Kräften innerhalb der Widerstandsbewegung gerecht zu werden:

„Die Kommunisten waren die einzigen, die nach Auflösung ihrer Partei und der Einkerkelung der meisten ihrer Führer und Funktionäre sofort auf dem illegalen Boden den Kampf gegen das Regime in Angriff nahmen. Ihre Führer saßen in den Gefängnissen der Gestapo und in den Konzentrationslagern, und ihnen wurde in Massen der Prozeß gemacht. Es regnete Todesurteile und Zuchthausstrafen über sie. Ihre Haltung gegenüber den erbarmungslosen Blutrictern war mit einigen Ausnahmen vorbildlich, so daß es zeitweise schien, als ob die Wahrung des Widerstandes ausschließlich auf sie delegiert wäre. Sie standen so mannhaft vor Gericht, daß selbst den abgebrühten Hitlerrichtern ein kalter Schauer über den Rücken lief wegen der Entschlossenheit und der bedingungslosen Einstellung der Angeklagten gegen den Nationalsozialismus. Auch in den Konzentrationslagern bildeten sie den Kern, um den sich der Widerstand gegen die SS-Schergen und Henkersknechte kristallisierte.“<sup>32</sup>

31 Grundriß der Geschichte, Bd. IV, S. 168—169.

32 Pechel, a. a. O., S. 67/68.

Eine unter wenigen Stimmen. Doch sie rettet nicht die Ehre der westdeutschen Geschichtsschreibung, die alles daransetzt, die Wahrheit über den antifaschistischen Widerstandskampf zu verfälschen. So bleibt den Historikern der DDR die ehrenvolle Aufgabe, das wertvolle Erbe der antifaschistischen Widerstandskämpfer zu wahren und es gegen jede Verfälschung durch die Ideologen des kalten Krieges zu verteidigen.

## 7. Die Verschwörung vom 20. Juli 1944 im Lichte der reaktionären Geschichtsschreibung

Wenn man die westdeutschen Veröffentlichungen zum zweiten Weltkrieg überblickt, kann man feststellen, daß besonders die Verschwörung vom 20. Juli 1944 im Mittelpunkt des Interesses steht. Eine umfangreiche Literatur ist dazu erschienen. Die Männer des 20. Juli, so erfahren wir, waren aufrechte Menschen, friedliebende Politiker und überzeugte Gegner des Nazi-regimes. Sie werden als Vorkämpfer einer demokratischen Staatsordnung, eines neuen Europa gefeiert. Ihre mannhafte Haltung, ihre Tapferkeit angesichts des Todfeindes jeder Zivilisation, des Faschismus, findet den Beifall des oft politisch wenig geschulten Lesers, den die politische Zielsetzung jener Männer deshalb kaum interessiert. „Es kündigt sich eine Tendenz an“, so schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“ vom 8. April 1955, „im deutschen Geschichtsbild der jüngsten Vergangenheit dies ‚bessere Deutschland‘ an die Stelle Deutschlands schlechthin treten zu lassen, das Dritte Reich als eine Realität verschwinden zu lassen hinter der Handvoll Männer, die Widerstand geleistet und Widerstand versucht haben . . .“

Untersuchen wir deshalb die Kräfte und politischen Strömungen, die hinter der Verschwörung vom 20. Juli standen. Einer der exponiertesten Vertreter des Aufstandes war zweifellos Carl Goerdeler, Oberbürgermeister von Leipzig und Reichspreiskommissar unter Brüning und Hitler. Ihm zur Seite stand Schacht, Reichswirtschaftsminister bis 1938. Goerdeler knüpfte Verbindung an zu bedeutenden Wirtschaftsexperten, wie Robert Bosch, Besitzer des größten Elektrokonzerns Europas, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Hermann Reusch von der Guten-Hoffnungs-Hütte, Wentzel, Großgrundbesitzer und mitteldeutscher Braunkohlkönig. Allein dieser Personenkreis kennzeichnet die Bemühungen Goerdelers, sich mit „den Industriellen zu befreunden“.<sup>33</sup> Enge Beziehungen zu diesen monopolistischen Kreisen pflegten Angehörige der Reichswehrgeneralität unter Führung des Generalobersten Beck. Im Zusammenhang mit der Entlassung Goerdelers und Schachts (1938) „warnten diese Kreise Hitler vor abenteuerrlichen Kriegsprovokationen, forderten eine teil-

33 Allan Dulles, „Verschwörung in Europa“.

weise Veränderung des Göringschen Vierjahresplanes und die Schaffung der Voraussetzungen für die Aufnahme einer Anleihe im Ausland. Außerdem forderten sie von Hitler, daß die Armee von der ‚Gleichschaltung‘ ausgeschlossen sein müsse.“<sup>34</sup>

Die Bestrebungen dieser Leute stießen allerdings bis lange in den zweiten Weltkrieg hinein vorerst nur auf geringe Gegenliebe ihrer monopolistischen Gesinnungsfreunde. Erst als es immer offenkundiger wurde, wohin das faschistische Kriegsabenteuer führte, formierte sich eine Opposition, die abzuschwenken versuchte. Es galt, von den monopolistischen Grundlagen zu retten, was überhaupt noch zu retten war. So schreibt der Leiter der „Sonderkommission 20. Juli“ SS-Obersturmbannführer Dr. Die sel:

„Im sogenannten Reusch-Kreis, einem über ganz Deutschland verzweigten Gremium von Wirtschaftsführern und Kommerzienrat Reusch, den früheren Direktor der Guten-Hoffnungshütte, im Kreis um die Firma Bosch – Goerdeler war Vollstrecker des Boschschen Testaments – und bei den ausgedehnten ‚Kasinosgesprächen‘ bei einem der größten Grundbesitzer Deutschlands bei Halle an der Saale, fand Goerdeler die Plattform, seine Ideen zu entwickeln und für sie zu werben.“<sup>35</sup>

Weitere Verbindungen werden aufgebaut, und dabei werden die Fäden von Goerdeler geknüpft. Führende Industrielle, wie der Generaldirektor der Mansfeld A. G., Stahl, Hugo Stinnes von der Rheinischen Industrie und Albert Vögler vom Vereinigten Stahlwerkskonzern, werden gewonnen. Leitende Militärs, wie Rommel, von Falkenhausen, Stülpnagel und Speidel, arbeiten gemeinsam mit ihnen die sogenannte Westlösung aus. Diese „Westlösung“ sah vor, angesichts der Erfolge der Invasion die Kampfhandlungen im Westen einzustellen und im Osten weiterzukämpfen. Walter Ulbricht sagt deshalb sehr richtig:

„Die gleichen Kräfte der Bourgeoisie, die Hitler mit zur Macht gebracht und die Politik des faschistischen deutschen Imperialismus unterstützt hatten, solange er militärische Erfolge hatte, versuchten beim Herannahen der Niederlage einen Ab sprung aus dem Zuge, der dem Abgrund zueilte, um die Grundlage der monopolkapitalistischen Herrschaft zu retten.“<sup>36</sup>

Goerdeler, der die rechte Mehrheit der Opposition repräsentierte, ging es um die Rettung des deutschen Imperialismus: nicht Beendigung des Krieges an allen Fronten, sondern Weiterführung des Krieges im Osten mit Unterstützung der reaktionären Kräfte der USA und Englands. Der „Friedensplan“ Goerdelers (1943) geht deshalb von der These aus, nur ein starkes Deutschland könne Europa schützen und die Interessen Englands und der USA in ihm sichern. Dieses starke Deutsch-

34 Dengel, Philipp, „Kommunistische Internationale“, Jahrgang 1938, Heft 3/4, S. 41.

35 Nordwestdeutsche Hefte, 1947, Heft 2, S. 21.

36 Ulbricht, „Zur Geschichte der neuesten Zeit“, I/1, S. 39.

land erhebt natürlich den Führungsanspruch im Vereinigten Europa. Goerdeler bringt diese Forderungen in verschiedenen Dokumenten zum Ausdruck: Bestätigung der Annexion Österreichs, des Sudetengebietes und des Memelgebietes, Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1914 gegenüber Belgien und Frankreich, Angliederung Südtirols, Neuverteilung der Kolonien und Rohstoffquellen.<sup>37</sup> Rudolf Pechel schreibt, daß Goerdeler einen europäischen Staatenbund schaffen wollte mit einheitlichem europäischem Wirtschaftsministerium, gemeinsamer Verwaltung der Kolonien, gemeinsamer Polizei und einheitlicher europäischer Wehrmacht.<sup>38</sup>

Die Mehrheit der westdeutschen reaktionären Publizisten erklärt sich mit diesen Forderungen Goerdelers solidarisch. Seine Gedanken sind heute in hohem Maße aktuell. Hinter ihnen verborgen sich die innen- und außenpolitischen Aspekte des Westzonenstaates. Hier sind die reaktionären „Traditionen“, auf denen Adenauer und Konsorten aufbauen können. Deutschland als Vorposten und Vorkämpfer europäischer „Freiheit und Zivilisation“ gegen den Bolschewismus – das war die reaktionäre Zielsetzung Goerdelers, und das ist die Wiedergeburt des deutschen Imperialismus und Militarismus unter Adenauer.

Die politischen Ziele der linken Minderheit der Verschwörung, wie sie in den Auffassungen Stauffenbergs und seiner Freunde repräsentiert wurden, werden hingegen in der westdeutschen Geschichtsschreibung kaum beachtet oder der Lächerlichkeit preisgegeben. Stauffenberg und seinen Anhängern wird lediglich die Funktion des das Attentat ausführenden Organs zugeschoben. Bekanntlich trat Stauffenberg für eine Beendigung des Krieges an allen Fronten ein. Trotz der Verschwommenheit seiner Auffassungen in manchen Fragen war er bestrebt, den Kampf gegen Hitler und den Faschismus auf breiter Grundlage, auch unter Einbeziehung der Kommunisten, zu führen. Vor allem trat er für eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion ein oder, wie es Ritter ausdrückte, strebte er nach einer „Bruderschaft . . . aller von Hitler Unterdrückten mit der Aussicht auf friedliche Verständigung mit dem russischen Nachbarn.“<sup>39</sup> Doch das ist nach Ritters Meinung „Phantasie“ und „falscher politischer Ehrgeiz“.

„So ist das Verhältnis zur Sowjetunion einerseits und zu England und den USA andererseits der wichtigste Prüfstein nicht nur für den politischen Charakter der Pläne, die von den verschiedenen an der Verschwörung des 20. Juli beteiligten Gruppen vertreten werden, er ist es auch für diejenigen, die darüber schreiben und ihr Urteil fällen.“<sup>40</sup>

37 Ritter, „Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung“, S. 570.

38 Pechel, a. a. O., S. 215.

39 Ritter, a. a. O., S. 374.

40 Goroschkowa, „Die außenpolitischen Pläne der Verschwörer vom 20. 7. . . .“, S. 399.

Betrachten wir rückblickend die Tendenzen der reaktionären westdeutschen Geschichtsschreibung, so stellen wir fest, daß sie nicht der Erforschung der objektiven Wahrheit dienen. Die Wahrheit über den zweiten Weltkrieg wird dem Volke bewußt vorenthalten. Sie wird verfälscht im Sinne der Ideologie des kalten Krieges. Die Geschichte lehrt jedoch, daß man die Völker nicht betrügen kann; denn „es gibt eine historische Wahrheit, das heißt eine notwendige Übereinstimmung der feststellbaren Tatsache mit ihrer Darstellung. Es gibt ein politisches Gewissen, welches fordert, dieser Wahrheit zu dienen. Die Wahrheit läßt sich auf die Dauer nicht verfälschen, es gibt nichts Unerbittlicheres als die Tatsachen.“<sup>41</sup>

Die Entlarvung der reaktionären Geschichtsfälscher ist daher eine der vornehmsten Aufgaben der fortschrittlichen Geschichtswissenschaftler der Deutschen Demokratischen Republik und des ganzen sozialistischen Lagers.

<sup>41</sup> Thälmann, „Brief an einen jungen Kerkergegnossen“, „ND“ vom 21. 10. 1950.